

Angewandte Medienwissenschaft – TV Producer

Burwitz, Susann

**Öffentlichkeitskritik in der DDR am Beispiel
Roland Jahn**

- Bachelorarbeit -

Hochschule Mittweida – University of Applied Sciences (FH)

Mittweida - 2009

Angewandte Medienwissenschaft – TV Producer

Burwitz, Susann

**Öffentlichkeitskritik in der DDR am Beispiel
Roland Jahn**

- eingereicht als Bachelorarbeit -

Hochschule Mittweida – University of Applied Sciences (FH)

Erstprüfer
Prof. Dr. phil. Ludwig Hilmer

Zweitprüfer
Prof. Dr. phil. Otto Altendorfer

Mittweida - 2009

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Wenn der Staat die Feder führt- die Abteilung Agitation	7
1.1 Die Bedeutung und Aufgaben der Abteilung Agitation	7
1.2 Der Blick hinter die Fassade – Roland Jahns erste Erfahrungen mit Kontrolle und Agitation	11
1.3 Die Methodik der Abteilung Agitation	20
2. Schild und Schwert der Partei – das Ministerium für Staatssicherheit	29
2.1 Die Entstehung und Bedeutung des Ministeriums für Staatssicherheit	29
2.2 Die Opposition als Spiegel der Gesellschaft – Roland Jahn und die Stasi	35
2.3 Die Methodik des Ministeriums für Staatssicherheit	49
3. Der Blick auf die andere Seite der Mauer – die Arbeit der Staatssicherheit im Westen	60
3.1 Roland Jahns Ausbürgerung und sein Neuanfang im Westen	60
3.2 Verlierer des eigenen Kampfes – Die Methodik der DDR im Westen und die Entwicklung bis zum Mauerfall	68

Abschließendes Fazit	74
Quellenverzeichnis	76
Abbildungsverzeichnis	78
Erklärung zur selbstständigen Anfertigung	79

Vorwort

„Eine Zensur findet nicht statt“

Ein Journalist hat in unserer Gesellschaft ganz bestimmte Grundanforderungen und einen Verhaltenskodex zu erfüllen, welche die Bürger und die Regierung an ihn stellen. Er soll beobachten, genau hinsehen, kontrollieren und auch mal kritisieren.

Hat in unserem System noch alles seine Richtigkeit? Hält sich jeder an die vorgegebenen Regeln und Richtlinien? Und wenn nicht, wie werden dann diese Fehler geahndet und die entstandenen Schäden wieder gerade gerückt?

Er ist in gewisser Weise gleichzeitig Ohr und Sprachrohr, welches zwischen Regierung und Bevölkerung vermittelt.

Wo einem normalen Bürger die Möglichkeit fehlt noch einmal nachzuhaken, was jetzt welcher Schritt bewirken soll und ob das alles auch wirklich richtig ist, da ist es die Pflicht des Journalisten, genau das zu tun und dann diese Information an den Bürger weiterzuleiten.

Durch diese Transparenz funktioniert unser System. Denn so kann sich niemand einfach ein Machtmonopol aufbauen, das von der breiten Öffentlichkeit vielleicht erst bemerkt wird, wenn es bereits zu spät ist. Durch die beständige Kontrolle durch die Presse entsteht ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einfluss, Macht und Verantwortung. Und auch die Regierung ist auf die Presse als Informationsquelle angewiesen.

Sie muss auf Stimmungen und Trends innerhalb des Volkes reagieren können und den Grundstein dafür legt wiederum der Journalismus durch Informationen.

Und um diesen Pflichten nachzukommen, werden den Pressevertretern durch die Verfassung Rechte zugesichert.

Im Artikel 5 unseres Grundgesetzes heißt es:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“¹

Diese wenigen Zeilen haben eine immense Bedeutung. Nur durch sie kann der Journalist seine Aufgaben ohne die Einflussnahme durch andere frei erfüllen.

Doch was, wenn ihm diese Möglichkeit verwehrt wird? Wenn dem Sprachrohr der Gesellschaft auf einmal die Worte und Texte eingeflüstert werden, die das Volk dann zu hören und zu lesen bekommt? Wenn aus dem freien Journalisten plötzlich nur noch ein Werkzeug der Regierung wird?

Um zu erkennen, welche Folgen und Konsequenzen aus einer solchen Entwicklung heraus entstehen, reicht ein Blick in Deutschlands jüngste Geschichte.

Die deutsche Verfassung wurde 1949 festgeschrieben. Und zu einem großen Teil auch von der neu entstandenen Deutschen Demokratischen Republik übernommen.

¹ Artikel 5 des Grundgesetzes, Absatz 1

Die Freiheit der Meinungsäußerung war im Gesetz der DDR im Artikel 27 festgeschrieben:

- 1 *„Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.*
- 2 *Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet.“*²

Doch die Regierung hielt sich nicht an die eigens festgelegten Worte.

Die Journalisten waren nicht mehr als Werkzeug, um das Volk zu blenden. Durch die Presse sollten die Menschen hören, was gut klang und von den Ereignissen erfahren, welche die DDR als starken und sicheren Staat erschienen ließen. Fehler gab es offiziell nicht, höchstens ein paar kleine Lappalien, die schnell behoben werden und somit niemanden beunruhigen konnten. Größere Schwierigkeiten wurden verschwiegen, Probleme so vertuscht und verdreht, dass die Öffentlichkeit sie entweder übersah oder durch mangelndes Hintergrundwissen kaum verstand.

Der Journalist war keine Informationsquelle mehr, sondern der Weg in den Alltag der Bürger, in ihre Köpfe und ihre Gespräche.

Und so wurden den Autoren, Moderatoren, Redakteuren - einfach jedem Pressevertreter die Worte in den Mund gelegt.

² <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html#KAPITEL271-2>

Jeder Text, jede Sendung wurden zensiert. Die Artikel und Skripte wurden Satz für Satz kontrolliert und auf unpassende oder für das System schädliche Formulierungen durchsucht. Die Inhalte wurden Zeitungen, Fernseh- und Radiosendern vorgegeben, angefangen vom Thema über den Sendeplatz und die Beitragslänge.

Die Zensur fand in einem Ausmaß statt, das sich bis hin zur Fernsehzeitschrift zog.

Und schließlich wurde der Grundsatz, dass es bei der Meinungsäußerung keine Zensur geben darf 1968 durch die Regierung unter dem damaligen Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht aus dem Grundgesetz gestrichen.

Und wer sich nicht an die Vorgaben hielt, der verlor seinen Job, seinen Ruf und wurde manchmal ins Gefängnis gebracht oder sogar ins Exil getrieben.

Trotzdem weigerten sich einige Leute. Sie schrieben und sagten das, was keiner hören und wissen sollte.

Das waren nicht nur Pressevertreter. Es waren auch Dichter, Sänger, Politiker bis hin zum Studenten. Namen wie Wolf Biermann, Jürgen Fuchs, Bärbel Boley, Robert Havemann stehen für diesen Kampf um das Recht auf fünf kleine Worte – „Eine Zensur findet nicht statt.“

Ein weiterer solcher Name ist Roland Jahn.

Zur Zeit der DDR war Roland Jahn dabei seinen Weg in die Medienwelt noch zu finden.

In den achtziger Jahren studierte er in Jena.

Doch auch wenn er die Unterdrückung der Presse durch die politischen Organe der sozialistischen Regierung noch nicht hautnah in der Praxis miterlebte, kämpfte er gegen die vorhandenen Missstände.

Er kannte die Probleme durch die Erzählungen von Freunden. Und er erfuhr selbst, wie schon den Studenten die „Schiere im

Kopf“ eingebaut werden sollte. Die dafür sorgen sollte, dass ihnen nie ein falsches Wort über die Lippen kommt, immer im Strom schwimmen und dass sie im blinden Gehorsam den Linien folgen, die das DDR-Regime diktierte.

Roland Jahn kämpfte. Gegen das Schweigen und für die eigene Zukunft. Denn er wollte ein Journalist werden, welcher der Gesellschaft einen Spiegel vorhält, der offen die Probleme reflektiert.

Und dieser Kampf soll in dieser Arbeit ein Beispiel sein.

Ein Beispiel, dass auch für die vielen Mitstreiter Roland Jahns steht.

Ich möchte aufzeigen, gegen welche Methoden und Vorgaben Jahn und andere Oppositionelle sich aufgelehnt haben und wie die einzelnen Organe der Regierung versuchten, diese Methoden und Vorschriften in dem Berufsfeld der Medien durchzusetzen.

Roland Jahn's Schicksal soll aber auch die Konsequenzen zeigen, die es mit sich bringen konnte, gegen den Strom zu schwimmen.

Konsequenzen, die vielen Menschen, die gegen das Handeln der DDR-Regierung protestierten, sogar in den Westen hinein folgten. Über die Mauer hinweg, welche eigentlich als unüberwindbares Hindernis gelten sollte.

1. Wenn der Staat die Feder führt- die Abteilung Agitation

1.1 Die Bedeutung und Aufgaben der Abteilung Agitation

„Es soll nicht so gehen, dass nun jedes Wort aufgeschrieben und veröffentlicht wird. Dann kann man überhaupt nicht mehr reden, höchstens das, was vom Außenministerium genehmigt ist. (...) Es muss nicht alles in die Presse kommen.“³

Roland Jahn wuchs in einem System auf, das von Kontrolle lebte.

Kontrolliert wurde praktisch jeder. Jeder einzelne Bürger, in seinem Berufsleben und seinem eigentlich privaten Alltag. Doch wer hielt eigentlich die Fäden dieser Kontrolle in der Hand? Wer beobachtete und wer achtete darauf, dass die Regeln und Vorschriften genau eingehalten wurden?

In meinem Vorwort habe ich den Journalisten als Sprachrohr unserer jetzigen Gesellschaft bezeichnet.

In der DDR nahm die Abteilung Agitation diese Rolle ein.

³ Walter Ulbricht auf einer Sitzung der Agitationskommission am 14. März 1963 ; aus: Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 58

Die DDR sah die Abteilung nämlich nicht etwa als Organ der Kontrolle, sondern als Informant für die Bevölkerung.

Die Abteilung sollte ein politisch-ideologischen Einfluss auf die DDR-Einwohner haben, indem sie über politische Fragen mit Hilfe gezielt ausgewählter Informationen aufklärte.

Und sie sollte durch gründliche und sich ständig wiederholende Erläuterung der Lehre des Marxismus-Leninismus zu deren umfangreicher und beständiger Ausbreitung und Festigung beitragen.

Laut den Grundsätzen dieser Lehre ist Agitation ebenso wie Propaganda ein legitimes Mittel des Klassenkampfes und der Ausdruck Agitprop spiegelt die enge Verknüpfung dieser beiden Instrumente im Tätigkeitsfeld der Abteilung Agitation wider.

Doch Begriffe wie Propaganda und Agitation hatten bereits in der DDR durch ihren Gebrauch durch das nationalsozialistische Regime einen negativen Beiklang.

Also galten sie nun als Schulungs-, Erziehungs-, und Aufklärungsarbeit.

Doch das Ziel lieb das selbe – die Manipulation einer breiten Masse.⁴

Das verrät auch der Ursprung des Begriffes Agitation.

Das Verb agitieren wird an das aus dem 19. Jahrhundert stammende englische Verb „to agitate“, welches wieder rum auf dem lateinischen „agitare“ beruht und dessen Übersetzung lautet „etwas heftig betreiben, schüren, aufpeitschen, aufwiegeln, aufhetzen“.

Aufgepeitscht wurden die vermeintlichen Fehler anderer Systeme, mit besonderem Schwerpunkt auf die Bedrohung durch

⁴ Gerhard Strauss, Ulrike Hass, Ulrike Hass-Zumkehr, Gisela Harras : „Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist“, deGruyter, S. 54

die verlodderten, amerikanisierten Sichtweisen des Westens. Und die sollten jedem einzelnen Bürger durch die Massenmedien wie Radio, Fernsehen und Zeitung glasklar vor Augen geführt werden.

Grundlage für diese Aufgabenverteilung an die Medien ist die Beschreibung der Aufgabe der Presse durch Lenin in einem Leitartikel der „Iskra“ (Jg. 1901/Nr.4), in welchem Lenin ausdrückt, die Zeitung müsse ein „kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator“ sein.

Daher gehörte die Lenkung und Kontrolle der Massenmedien zu der Hauptaufgabe dieser Abteilung.

Bis 1950 teilten sich diesen Aufgabenbereich noch die Abteilung Massenagitation und die Abteilung Presse.

Im August 1950 wurden diese beiden Bereiche zu der Abteilung Agitation vereint.

Zu diesem Zeitpunkt übernahm die Abteilung die Anleitung der KPD-Presse in Westdeutschland, die Verbreitung von Auslandspropaganda, die Auswertung der feindlichen Medien und die Herausgabe eines eigenen Pressedienstes.

Diese Aufgaben wurden im Laufe der folgenden Jahre teilweise an andere oder eigenständige Organe weitergegeben.

Auch die Abteilung selbst veränderte sich in ihrem Aufbau noch mehrmals. Vor allem die verschiedenen Agitationssekretäre beeinflussten die Entwicklung und den Stellenwert der Abteilung ganz entscheidend.

Unter Albert Norden in der Ära Ulbricht war die Abteilung Agitation das wichtigste politische Instrument um die Medienwelt und damit auch die öffentliche Meinung unter Kontrolle zu haben.

Unter Werner Lamberg verlor die Abteilung bereits stark an Bedeutung und Einfluss und unter der Führung von Burkhard Heinrich waren die Aktivitäten der Abteilung nahezu einge-

schlafen und kaum noch in den Akten über die politischen Tätigkeiten der DDR-Führung verzeichnet.

Zuletzt waren sogar nur noch 5 hauptamtliche Mitarbeiter tätig, die für die Fachgebiete der Innen-, Außen-, Wirtschafts-, und Landwirtschaftspolitik verantwortlich waren und in diesem Rahmen die jeweiligen Fachredaktionen der Fernseh- und Radiosender oder Zeitungen und Fachzeitschriften instruieren mussten.

Sie waren parallel dazu Referenten bei „Donnerstags-Argus“ und strukturierten die Aktivitäten des Presseamtes bezüglich der Koordinierung der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit.

Zu diesem Zeitpunkt trafen also die Mitarbeiter zum Großteil die Auswahl welche Dinge wie, in welchem Umfang und wo veröffentlicht werden sollten und das teilweise sogar ohne Absegnung durch die Leitung des Zentralkomitees.

Erst kurz vor dem Mauerfall hatte sie ihr letztes Stadium erreicht.

Dieses Stadium beinhaltete acht Sektoren der Abteilung:

- Die allgemeine Agitation
- Die Sichtagitation
- WAS UND WIE
Dieser Sektor umfasste die Redaktion einer gleichnamigen Agitationsschrift, die einmal im Monat erschien.
- Die Bibliothek und das Zeitungsarchiv, sowie der „B-Sektor“, welcher der Vorbereitung auf den Mobilisierungsfall diente und 1989 von dem NVA-Oberst Kurt Langnese geleitet wurde.
- Der Sektor Presse unter der Leitung von Dieter Langguth
- Der Sektor Rundfunk/Fernsehen, der von Eberhard Fensch geführt wurde

- Der Sektor „Arbeit mit den ausländischen Korrespondenten in der DDR“
- Und die Mündliche und schriftliche Agitation

Natürlich unterstand dieses Organ, ebenso wie jedes einzelne Regierungsorgan der DDR, von der Gründung an bis hin zur Wende der Leitung des Zentralkomitees.

Die wichtigsten Aufgaben der Abteilung Agitation waren jedoch stets die Kontrolle und Anleitung der SED-Presse und Massenorganisationen wie zum Beispiel kirchlichen Vereinigungen, des Rundfunks, des Fernsehens, der Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenagentur ADN, des Journalistenverbandes, der Sektion Journalistik an der Karl-Marx- Universität Leipzig und die Kaderlenkung- und Auswahl in den genannten Redaktionen und Institutionen.⁵

Die Abteilung Agitation zensierte Nachrichtenmeldungen, Berichte im Fernsehen und Radio, ja sogar die Skripte für Unterhaltungssendungen.

Ein Beispiel für die Zensur in der Fernsehwelt ist das TV-Spiel „Ursula“ nach Gottfried Keller von Egon Günther, welches am 29 November 1978 ausgestrahlt wurde.

Der Film wurde wie kaum ein anderer zur Zeilscheibe der Kritik der DDR-Führung.

Er brach formal mit Konventionen, wurde durch die dargestellte sexuelle Freizügigkeit als pornografisch eingestuft und stieß mit seiner Ausdeutung der Reformationszeit auf Widerspruch.⁶

⁵ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 19

⁶

Und trotzdem konnte eine Ausstrahlung nicht verhindert werden.

Aber die Randbedingungen konnten manipuliert werden, so dass die Zahl der Zuschauer sich stark dezimierte.

Bei den Programmankündigungen in Fernsehzeitschriften fehlten in der DDR erläuternde Hinweise über den Inhalt des Filmes, sodass bei Unkenntnis über das Kriegsdrama von Keller kaum Interesse geweckt wurde.

An die betreffenden Zeitschriften und an Fernsehsendungen, die vorhatten das Fernsehstück zu thematisieren, wurde folgende Empfehlungen rausgegeben:

1. „Alle Bezirkszeitungen, die noch keine Rezension veröffentlicht haben, werden angerufen und es wird Ihnen gesagt, dass wir ihnen dringend empfehlen, zu diesem Film – mit seinen anarchistischen Zügen und Schweinereien – keine Rezension zu bringen. (Ich habe absichtlich den Genossen gesagt, sie sollen mit zwei Worten bei dem Telefongespräch eine Wertung geben, damit man in den Bezirken unsere Meinung kennt.)
2. Dem Chefredakteur der „Märkischen Volksstimme“ wird mitgeteilt, dass er eine Leserdiskussion zu diesem Film unterlassen soll.“⁷

Im Westen wurden erläuternde Hinweise und umfassende Ankündigungen veröffentlicht.

⁷ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 28

Außerdem wurde die Ausstrahlung in letzter Minute um eine Stunde nach hinten verschoben, auf eine Uhrzeit, zu der die meisten Menschen schon zu Bett gegangen waren.

Nach der Ausstrahlung des Filmes musste der Leiter des Bereiches Dramatische Kunst beim DDR-Fernsehen, Hans Bentzien, als vermeintlicher Verantwortlicher für diesen Fehler seinen Posten verlassen.

Der Film wurde erst wieder nach der Vereinigung im Fernsehen gezeigt.

Nichts durfte in der DDR einfach so verbreitet und abgedruckt werden – kein einziger Artikel, keine einzige Filmszene.

Oft wurden veröffentlichte Inhalte sogar mit falschen Informationen gespickt.

Alles um die Leute denken zu lassen, was die DDR-Regierung ihnen vorschreiben wollte.

1.2. Der Blick hinter die Fassade – Roland Jahns erste Erfahrungen mit Kontrolle und Agitation

„In der DDR hat man von mir eine Weltanschauung verlangt, ohne dass ich die Welt anschauen durfte.“⁸

Unter einer eigenen Weltanschauung versteht jeder etwas anderes.

Ein eigenes Verständnis von Kulturen, von Religion, eine eigene Auffassung von Werten, Traditionen und deren Wichtigkeit im Leben.

Aber die eigene Weltanschauung fängt oft schon bei Kleinigkeiten an.

Bei den scheinbar nebensächlichen Dingen, über die man sich selbst definiert und die eigene Identität ausdrücken. Das fängt bei der Kleidung an und geht weiter über die Bücher, die man liest und die Musik, die man hört.

Die Vielfalt dieser Dinge und Wege, welche man einschlagen kann, führt zu einer unendlichen Vielfalt an unterschiedlichen Charakteren, Meinungen und Denkweisen.

Doch wie Manfred Krug schon ausdrückt, wollte die DDR-Regierung diese Vielfalt einschränken. Denn so konnten Anders Denkende vermieden werden, Menschen, die sich eventuell gegen das System auflehnten.

⁸Zitat von Manfred Krug, deutscher Schauspieler ;
<http://www.zitate.de/ergebnisse.php?kategorie=DDR#0>

Also wurden bestimmte Dinge gestrichen. Es durften manche Bands nicht mehr gehört werden und die Werke bestimmter Autoren wurden verboten.

Der Begriff Gleichschaltung wird stets mit den nationalsozialistischen Arbeitsmethoden die Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen assoziiert und doch trifft er in abgeschwächter Form auch hier zu.

Meinungen und Denkweisen sollten einander gleichen und das zugunsten des sozialistischen Systems.

Diese Erfahrung machte auch Roland Jahn schon sehr früh.

Er wuchs in Jena auf, einer Stadt, in der nicht nur zahlreiche Studenten lebten, sondern auch viele Lehrlinge. In manchen Vierteln der Stadt lag das Durchschnittsalter bei etwa 25 Jahren.

Und in dieser jungen Atmosphäre bildete sich eine Subkultur, die sich durch ihre Kleidung, Musik und Lebensart versuchte von der FDJ und den linientreuen Vorstellungen des DDR-Systems abzugrenzen. Und durch diesen Einfluss und seine Freundeskreise in diesem Milieu war Roland Jahn von Anfang an nicht bereit solche Einschränkungen zu dulden.

In der Oberstufe hatte Jahn einen Freund, der seine Haare lang trug.

Heutzutage etwas ganz normales. Die Haare sind ja jedem seine Sache, würde es heute heißen.

Aber damals standen lange Haare für sogenannte „Gammler“ mit Tendenzen zur Rebellion und zum Aufständischen. Diese Menschen würden einen Hang zu verbotenen westlichen Einflüssen besitzen. Mit solchen Gerüchten versuchte zumindest die DDR-Regierung, diese Menschen herabzusetzen. Das ging so weit, dass Langhaarigen eine verminderte Intelligenz angehängt werden sollte.

Diese Propaganda gegen gewisse modische Trends wurden durch die Presse publik gemacht und mit Nachdruck in der Bevölkerung verbreitet.

Und die Weisung für solche Bekanntmachungen und für hetzerische Artikel und Kommentare bekam die Presse immer von der Abteilung für Agitation.

Denn es war die Aufgabe dieser Abteilung schon bei solchen Kleinigkeiten einzugreifen, um möglicherweise schlimmere Entwicklungen, im Rahmen derer die Bevölkerung nicht mehr so einfach unter Kontrolle zu halten wäre, von vornherein zu vermeiden.

Und lange Haare standen für Rebellion.

In den Augen der Regierung ein gefährlicher Keim, der eventuell von einem Streit um ein paar Zentimeter Haarlänge zu einer offenen Revolte gegen das vorhandene Gesellschafts- und Staatssystem führen könnte.

In zahlreichen Fällen wurde dem haarigen Problem unter Zwang ein Ende gesetzt.

Die Polizei ließ diese Menschen verhaften und manchmal einsperren.

Oft erlangten sie von FDJ-Mitgliedern entsprechende Hinweise wo und wann sie zugreifen konnte. Oder es wurden Zwangshaarschnitte durchgeführt.⁹

Genauso verfuhr man auch mit dem Freund von Roland Jahn. Er wurde vom Direktor der Schule zum Frisör geschickt und musste sich die langen Haare abschneiden lassen.

Daraufhin fuhr Roland Jahn persönlich zum Volksbildungsministerium in Berlin und beschwerte sich über diese Handlungsweise. Er sagte, es sei kein Zustand, dass jemand ge-

9

zwungen wurde, sich sein persönliches Erscheinungsbild von anderen diktieren zu lassen.¹⁰

Die Beschwerde hatte Erfolg. An Jahns Schule wurden nach diesem Ereignis lange Haare zugelassen.

Doch der Vorfall vermittelte Jahn nur einen kleinen Eindruck über Wege des Systems in das persönliche Leben einzugreifen.

Den vollen Umfang lernte Jahn erst nach seiner Schulzeit kennen. Er wusste nicht, wie man die Waffe verweigert und so wurde er in seinem Grundwehrdienst bei der Kasernierten Bereitschaftspolizei in Rudolstadt dazu eingesetzt, im Landesinneren der DDR für Ordnung zu sorgen.

In dieser Zeit erkannte Jahn, wie die DDR mit Menschen umging, die sich nicht an die vorgegebenen gesellschaftlichen Richtlinien halten wollten.

Jahn begann nun ausführlicher die Entscheidungen und Handlungen der einzelnen Regierungsorgane zu hinterfragen. Und er wollte andere dazu bringen, es ihm gleichzutun.

Er wollte die Menschen in seinem Umfeld anstacheln, genauer hinzusehen und wie er zu hinterfragen.

So versuchte er zum Beispiel in seiner Studienzeit, die 1975 begann, über den Fall Wolf Biermann zu diskutieren.

Jahn bewunderte Biermann für seine kritische Offenheit über die Schwächen des DDR-Systems in seinen Liedern und Gedichttexten.

Die Ausbürgerung Biermanns 1976 schockte Roland Jahn zutiefst und er wollte das Thema am 23. November 1976 in seiner Seminargruppe zur Sprache bringen.

¹⁰ http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html ; Videoquelle „Jugend und Politisierung“



11

Roland Jahn als Student

Doch unbequeme Themen wurden auch in Hörsälen gemieden. Auch an Orten, wo eigentlich Wissen vermittelt werden sollte, herrschte Schweigen, wenn dieses Wissen für die Dozenten oder die berufliche Zukunft zur Bedrohung werden konnte.

Denn totale Linientreue war Pflicht.

Für die Dozenten, um ihre Stellung an der Uni zu bekommen und für die Studenten, um überhaupt erst einmal für ein Studium zugelassen zu werden.

Denn auch während der Ausbildungs- und Studienzeit sollte der junge Mensch geformt werden – zu einem systemtreuen, im Sinne des Sozialismus denkenden und handelnden Bürger und Berufstätigen.

¹¹ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1098>

Und all das – die Werte, die Art des Denkens, die richtigen Antworten, um die DDR im guten Licht darzustellen, wurden den jungen Menschen Tag für Tag eingeimpft. Besonders bei den zukünftigen Journalisten wurde streng darauf geachtet, sie in die richtigen Bahnen zu lenken. Werner Großmann war Minister für Staatssicherheit und über lange Zeit Leiter der Auslandsspionage der DDR. Er beschreibt die tägliche Beeinflussung der Studenten mit folgenden Worten:

„Im Unterricht arbeiten wir intensiv und angespannt. In den Vorlesungen und Seminaren sowie beim Selbststudium befassen wir uns mit den Werken der marxistischen Klassiker. Dazu gehört natürlich auch Stalin. Nach jedem Gedanken von Lenin, über den wir uns austauschen, stellt der Seminarleiter die Frage: Was hat Stalin dazu gesagt? Wir reagieren bald und fügen ungefragt Stalins Meinung an.“¹²

Und diese stillschweigend vorausgesetzte Linientreue war nötig, wenn man das Ende des Studiums mit einem Diplomezeugnis in der Hand erreichen wollte. Für Journalisten war der holprige Pfad zu ihren Berufsziel damals besonders schmal. Denn im Normalfall war das Ausüben des Berufes nur dann möglich, wenn man in Leipzig an der Fachhochschule des

¹² Werner Großmann: Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs, Das Neue Berlin 2001, S. 12

Journalistenverbandes nach drei Jahren den staatlich geschützten Titel Journalist erhielt oder in der Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Uni zum „Diplomjournalist“ graduiert hat. Quereinsteiger wie heute gab es damals nur in sehr vereinzelten Ausnahmefällen.

Doch es gab eben auch Studenten wie Roland Jahn.

Studenten, die diese ungeschriebenen Gesetze zwar kannten und sich des Risikos bewusst waren, der Universität verwiesen zu werden, wenn man sich nicht an sie hielt.

Und es doch wagten Kritik zu üben. Auf Missstände sowohl in der Gesellschaft aber vor allem auch in ihrem Uni-Leben aufmerksam zu machen.

Einige, in der Karl-Marx-Uni angeprangerte Probleme sind zum Beispiel folgende:

- die tiefe Kluft zwischen dem Universitäts-Ideal und der journalistischen Praxis
- das unzureichende praktische journalistische Training
- die krampfhaften Versuche im Fach Wesen und Funktion des sozialistischen Journalismus, das Handwerk Journalismus philosophisch verquast nach Marx/Engels/Lenin zur Wissenschaft befördern zu wollen
- die einseitig auf Russisch orientierte Sprachen-Ausbildung
- die allgemeine Verschulung des Studiums über disziplinierende Druckmittel wie Anwesenheitslisten, Teilnahme an militärischer Ausbildung, Wissenstests,

Selbststudium nach sehr formalen Kriterien


- die Überbetonung offensichtlich ziemlich sinnloser journalistikwissenschaftlicher Erkenntnisse aus der Sowjetunion und die nahezu völlige Ignoranz gegenüber Arbeiten der westdeutschen oder amerikanischen Kommunikationsforschung¹³

Viele der Studenten, die offen zu ihrem Einsatz gegen die vorhandenen Probleme standen, verloren ihrem Studienplatz. So erging es auch Roland Jahn. Ohne sein Wissen wurde nach seinem Vorschlag, Biermanns Ausbürgerung offen zur Diskussion zu stellen, seine Seminargruppe zusammengerufen und von der Universitätsleitung unter Druck gesetzt. Solche Leute, die Biermanns Auffassungen vertreten, dürfen einfach nicht Wirtschaftswissenschaften studieren und einmal eine leitende Funktion im Staat übernehmen, hieß es. Die Seminargruppe sollte einen Antrag auf Ausschluss Roland Jahns aus der Universität stellen und sie tat es.

¹³ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 129

4
Weitere Eintragungen des Prorektors für Studienangelegenheiten

Der Student der letzten Wirtschaftswissenschaften
Roland Jahn
wird, weil er probiert gegen die Partei-
disziplin verstoßen hat,
zeitweilig
vom Studium an allen Universitäten
und Hochschulen der DDR
ausgeschlossen.
Jena, d. 25.2.77

 *Milien*

14

Daraufhin wurde Roland Jahn im Februar 1977 exmatrikuliert. Doch Roland Jahn gelang es nachzuweisen, dass diese Exmatrikulation ohne regelrechtes Verfahren gesetzeswidrig war. Er ignorierte seinen Rauswurf und erschien trotzdem weiterhin zu akademischen Veranstaltungen an der Universität. Doch schließlich wurde gegen ihn ein Studienverbot an allen Hochschulen der DDR ausgesprochen und Jahn wurde zur

¹⁴ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1247>

„Bewährung“ ins VEB Carl Zeiss Jena versetzt, wo er eine Arbeit als Transportfahrer übernehmen musste.¹⁵

Und immer noch gab Jahn seinen Widerstand gegen seinen ungerechtfertigten Rausschmiss nicht auf.

Im Jahr 1981 ließ er sich fotografieren. In einem gestreiften, kragenlosen Kittelhemd, wie es Proletarier im 19. Jahrhundert getragen hatten. Und mit einer Banderole über seinen Mund geklebt, auf welche er das Wort Bildungsverbot geschrieben hatte.



16

Dieses Foto ließ Jahn als Postkarte drucken und verschickte an Freunde, Bekannte und Studenten Exemplare. Dazu bediente er sich der Deutschen Post der DDR.

¹⁵

http://www.welt.de/politik/article2074432/Die_tragische_Geschichte_des_Roland_Jahn.html

¹⁶ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1103>

Ein Risiko, denn das Ministerium für Staatssicherheit fing Briefe und Karten ab, um sie auf staatsfeindliche oder – verunglimpfende Inhalte zu prüfen. Wurden diese entdeckt, standen die Absender und auch die Empfänger unter Bewachung durch Stasi-Mitarbeiter.

Diese Form des Widerstandes über Fotos, Postkarten und Collagen wurde ein typisches Markenzeichen für Roland Jahn. Er entwickelte sich zu einem Meister darin und suchte immer wieder nach neuen kreativen und alarmierenden Motiven und den Möglichkeiten, diese der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Durch sein Können auf diesem Gebiet erhielt er von seinen Freunden den Spitznamen „gag“.

Doch sein Rauswurf an der Universität war nicht die einzige Art, wie Jahn die Unerwünschtheit von Kritik an Staatsentscheidungen, in diesem Falle Biermanns Ausbürgerung, miterlebte und seinen Protest anstachelte.

Jahn hatte gleich nach der Ausbürgerung eine Protestresolution gegen diese Maßnahme unterzeichnet. Mehrere Freunde, die es ihm gleich getan hatten und ihre Meinung auch auf der Straße gegen die Zwangsausbürgerung offen kundtaten, wurden verhaftet.

Vorfälle, die Roland Jahn hätten einschüchtern können. Er hätte sich zurückziehen können und auch bei sich die „Schere im Kopf“ zulassen können. Er hätte schweigen können.

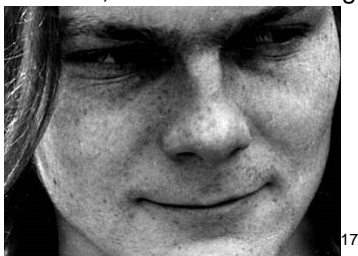
Doch er tat es nicht. Er wollte sich weiter dafür einsetzen, dass die Menschen hinsehen und verstehen, dass nicht alles so schön und heil ist, wie die DDR es seinen Bürgern vorgaukeln wollte.

Ein weiteres für Jahn einschneidendes Erlebnis war der Tod von Matthias Domaschk.

Doch hier bewies er, dass man die Kontrolle der Abteilung Agitation umgehen konnte, wenn man den richtigen Weg fand und ein wenig Glück einem zur Seite stand.

Matthias Domaschk war Mitglied der Jenaer Gemeinschaft. Mit 23 Jahren starb er aus ungeklärter Ursache in Haft.

Matthias Domaschk wurde von seinen Freunden, zu denen auch Roland Jahn zählte, meistens nur Matz genannt.



17

Matthias Domaschk 1979

Am 10. April 1981 war er mit dem Zug auf dem Weg nach Berlin, um dort einen Freund zu besuchen, der seinen Geburtstag feierte. Doch mitten in der Nacht durchsuchten Beamte den Zug, angeblich um die Fahrkarten zu kontrollieren. Nichts ungewöhnliches, solche Kontrollen waren damals ein übliches Verfahren. Doch der Zug setzt seine Fahrt nach dem Zwischenstopp nicht planmäßig fort. Er steht still, bis zum nächsten Nachmittag.

Denn erst dann kommt der Kleinbus der Stasibezirksverwaltung an, der Domaschk und seinen Begleiter abholen soll. In Knebelketten und unter Redeverbot werden sie in die U-Haft nach Gera transportiert.

¹⁷ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=187>

Zwei Tage später lebt Matz nicht mehr. Er soll sich angeblich aus seinem Hemd einen Strick gedreht haben, um sich damit zu erhängen. Der lebenslustige Mann, der in fünf Wochen heiraten wollte und Vater einer vier Jahre alten Tochter war. Wie genau Matthias Domaschk zu Tode kam, wurde nie aufgeklärt. Als Roland Jahn die Nachricht erreichte, Matz sei tot, machte ihn das tief betroffen.

Aber es machte auch eines klar. Inzwischen fragte man sich in den Behörden der Staatssicherheit nicht mehr, wer dieser Jahn und seine Freunde seien. Jetzt schritt die Stasi auch gewalt-sam zur Tat, mit Verhaftung und Verhören, sogar mit Folter, um ihre Ziele und Informationen zu erhalten. Und der Fall Domaschk machte klar, dass es dabei auch ums eigene Leben gehen konnte.

Jahn brauchte lange, um die eigene Lebenslustigkeit wieder zu finden.

Geholfen hat ihm das Begräbnis von Matz, zu dem fast 300 Freunde und Bekannte erschienen. Natürlich unter den Augen der Stasi. Sie sollte den Widerstand in der Opposition spüren. Und bei dieser Masse war die Behörde machtlos. Mehr als beobachten, konnte sie nicht tun. Aber Jahn wollte für seinen Freund mehr tun. Und das gelang ihm auch, ein Jahr nach Domaschks Tod.

Zum Gedenken an seinen Freund ließ Jahn 1982 im Zeitraum um Matzes Todestag am 12. April zwei Todesanzeigen drucken:

„Wir gedenken unseres Freundes Matthias Domaschk der im 24. Lebensjahr aus dem Leben gerissen wurde.

Seine Freunde
Jena, im April 1982“

Die Anzeige erschien in dem SED-Organ „Volkswacht“ am 08. April und am 16. April in der „Thüringischen Landeszeitung“. Ein echtes Erfolgserlebnis. Eine Anzeige für Matthias Domaschk in einer SED-Zeitung!

Und das, obwohl der Fall Domaschk von der Regierung am liebsten totgeschwiegen worden wäre.

Jahn hat den für ihn sichersten Weg gewählt. Todesanzeigen unterlagen natürlich nicht der strikten Kontrolle durch die Abteilung Agitation wie Artikel in Zeitungen.

Außerdem hätte Jahn den Weg über die Deutsche Post der DDR für Fotopostkarten hier nicht wählen können, denn dann wäre der Anzeigentext Mitarbeitern der Staatssicherheit in die Hände gefallen und hätten auch Jahn direkt in die nächste Haftanstalt geführt.

Doch das einfache Erscheinen der Anzeige in den Zeitungen reichte Jahn nicht aus.

Er wollte mit der Aktion die volle Aufmerksamkeit der breiten Masse.

Und so kaufte er beim Erscheinen der jeweiligen Zeitung so viele Exemplare wie er kriegen konnte, schnitt die Anzeigen aus und klebte sie in der Nacht an Laternen, Bushaltestellen und Wände quer durch ganz Jena.

Am nächsten Morgen versuchten Stasi-Mitarbeiter die Anzeigen wieder aus der Stadt zu entfernen, doch diese Säuberung erregte natürlich erst recht das Interesse jedes vorüberziehenden Passanten. Und damit hatte Jahn sein Ziel erreicht.

Eine Woche nach dieser Aktion versuchte Roland Jahn eine weitere Anzeige zu schalten.

Diesmal für den verstorbenen Robert Havemann:

„Wir werden ihn nicht vergessen.

Robert Havemann, geb. 11.3.1910, gest. 9.4.1982.

Seine Freunde.

Grünheide, Jena, im April 1982“

Doch diese Anzeige konnte von der Stasi in Gera verhindert werden. Jetzt standen Jahn und sein oppositioneller Freundeskreis endgültig unter Beobachtung durch die Augen der Staatssicherheit.

Doch Jahn gelang es trotzdem den Fall Domaschk noch einmal ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Um Matz zu gedenken wurde von dem Bildhauer Michael Blumhagen eine Skulptur angefertigt, die zu Ostern 1982 auf dem historischen Friedhof in Jena aufgestellt wurde.

Eine Skulptur, die dem Staat natürlich ein Dorn im Auge war. Es war peinlich genug, dass es Jahn und seinen Freunden gelungen war sowohl die Abteilung Agitation zu umgehen wie auch das Ministerium für Staatssicherheit. Also versuchten Mitarbeiter der Stasi die Skulptur mit Hilfe von Friedhofsmitarbeitern wieder zu entfernen. Darauf hatte Jahn jedoch gesetzt. Am Morgen, als die Stasi die Räumungsaktion durchführte, versteckte sich Jahn am Fenster eines neben dem Friedhof liegenden katholischen Altersheims und fotografierte den Vorgang. Über seinen Bekannten Lutz Rathenow und einen westlichen Journalisten sendete Jahn die Fotos in den Westen zu Jürgen Fuchs, den er bereits zu Studienzeiten kennen gelernt hatte.

Fuchs sorgte dann für die Veröffentlichung der Fotos.

Eine solche Veröffentlichung von Jahns Fotos blieb kein Einzelfall.

Für den Bildhauer Blumhagen zum Beispiel hatte das Anfertigen der Skulptur ein böses Nachspiel. Er wurde zum Wehrdienst einberufen und als er die Waffe verweigern wollte, wurde er zu sechs Monaten Haft verurteilt. In dieser Zeit ließ die Stasi sein Haus abreißen.

Jahn schoss Fotos von der Ruine und auch diese brachte Jürgen Fuchs an die westdeutsche Presse.¹⁸

Roland Jahn fand immer wieder neue Wege seinen Protest kundzutun. Nicht nur durch Worte. Durch Bilder. Oder durch einfache Anwesenheit, wie beim Begräbnis von Matz.

Aber nun wurde genau auf ihn geachtet. Und sein Einsatz sollte noch unerwartete Konsequenzen haben.

¹⁸ Karin Hartewig „Im Auge der Partei“, Ch. Links Verlag, S. 146 ff.

1.3. Die Methodik der Abteilung Agitation

„Der Fernseh-Chef ebenso wie der Generaldirektor der Nachrichtenagentur ADN. Gestandene Leute, die sich ständig dieses Gestammel anhörten, dann in die Redaktion zurückgerast sind und nach Herrmanns Rezept den agitatorischen Einheitsbrei zusammenrührten.“¹⁹

Roland Jahn bekam die Kontrolle der Abteilung Agitation zu spüren. Bei jeder Aktion, im Rahmen derer er etwas drucken, ablichten oder veröffentlichen wollte, musste er sich den wachsamsten Blicken bewusst sein.

Doch das gesamte Ausmaß konnte er nicht erahnen. Das konnte kaum jemand.

Am besten können davon heute Journalisten berichten, die in der DDR in den Medien tätig waren. Denn für sie bedeutete das Schreiben und Arbeiten in der DDR das ständige Tragen eines Maulkorbes.

Wie eng dieser Maulkorb geschnürt wurde, zeigt sich in der Ausgabe der „Liberal-Demokratischen Zeitung“ in Halle vom 17. September 1982.

¹⁹ Brigitte Zimmermann, Hans-Dieter Schütt „OhnMacht: DDR-Funktionäre sagen aus“, Verlag Neues Leben, 1992, S. 196

Und zwar am Beispiel eines Kuchenrezeptes. Nichts erscheint banaler als ein einfaches Rezept, doch auch eine solche alltägliche Kleinigkeit konnte den Journalisten und Redaktionsmitgliedern zum Verhängnis werden.

Um den angepriesenen Kuchen zu backen, hätte man nämlich Karotten und Mandeln benötigt.

Dinge, die in der DDR nicht leicht zu bekommen waren. Und so erhielt die Redaktion umgehend eine Rüge aus der Abteilung Agitation:

„Das geht doch nicht. Wir provozieren doch nur Fragen und regen Wünsche an.“

Die Zensur der DDR reichte also im übertragenen Sinne bis in die Küche des Bürgers.

Aber den Journalisten wurde nicht nur diktiert, was sie zu schreiben hatten, sondern auch wie.

Der Sprachgebrauch hatte in der Medienwelt ganz bestimmten Mustern zu folgen.

Er sollte den Journalisten stets bewusst machen, was sie für eine Stellung einnahmen. Sie waren Diener und Funktionäre des Systems und es war ihre Pflicht, den eigenen Staat zu schützen, indem sie die Menschen wissen ließen, was sie wissen sollten.

Kennzeichnend war zum Beispiel die Vorgabe, stets Redewendungen zu nutzen, die jederzeit Rückzugsmöglichkeiten offen ließen.

Es wurde etwa das Wort „abnicken“ für eine autoritäre Zustimmung geschrieben.

Aber ein Nicken ist nur eine Geste, von der man später leichter behaupten kann, sie wäre falsch verstanden worden, als eine eindeutige Aussage wie ein „Ja“.

Der Journalist hatte auch stets die Wendung „bei uns in der DDR“ zu verwenden, anstatt ein einfaches „hier“. Denn dies

hätte eine deutliche Reserviertheit zum eigenen Staat widergespiegelt.

Ein weiteres Beispiel für den weichmalerischen Sprachgebrauch ist die Bezeichnung für die von der Abteilung Agitation an die Presse gerichteten Anweisungen.

Laut der Abteilung seien es nur „Empfehlungen“ an die Medien. Dies hätte bedeutet, dass die Journalisten die Weisungen der Abteilung Agitation zwar als Anregungen in ihre Arbeit hätten miteinbeziehen können, aber keinesfalls dazu verpflichtet gewesen wären.

Doch wer diese „Empfehlungen“ ignorierte, der konnte sich gewiss sein, sich in Kürze in einer tiefer gestellten Arbeitsposition wiederzufinden. So mancher Journalist, der es wagte, die Anweisungen nicht einzuhalten, kam vom Redaktionsbüro hinters Fließband als Fabrikarbeiter.

In Berichten über einen angeordneten Rauswurf von Redaktionsmitgliedern, die nicht ins Schema passten, wurden diese zum Beispiel als „ausgesprochene Faschisten und westorientierte Elemente“ bezeichnet, um den Rausschmiss zu rechtfertigen.

Denn schließlich wurde ja bereits in der Verfassung der DDR die bedingungs- und kritiklose Anerkennung der „führenden Rolle“ der Partei gefordert und somit eine totale Unterwerfung der Medienwelt gegenüber der herrschenden Rolle der Regierung und ihrer Organe.

Der heutige SPD-Politiker Wolfgang Thierse beschreibt diesen Zwang zum Phrasen- und Floskelgebrauch folgendermaßen:

„Die Sprachregelung war ein alles überwölbender Gessler-Hut, den nicht nur die Zeitungsredakteure zu grüßen hatten, sondern eigentlich jedermann zu jeder Zeit. Erkennbar also war die gewünschte

„staatsbürgerliche Einstellung“ eines DDR-Bewohners an der Einhaltung der Sprachregelung.“²⁰

Ein weiteres Instrument der Abteilung Agitation war die sorgfältige Auswahl wem sie welche Informationen in welchem Umfang zukommen ließ.

Die Journalisten gehörten natürlich zu den bestinformierten Menschen der DDR. Schließlich war es ja ihre Aufgabe diese Informationen an die Öffentlichkeit weiterzuleiten.

Doch sie erhielten stets nur Informationen, welche in ihren Fachbereich fielen.

Der Reporter über Außenpolitik zum Beispiel erhielt kaum Wissen über die Vorgänge im Inneren des Staates und der Journalist, welcher über Umwelt schrieb, erfuhr nichts über die Industrie, welche die Situation der Umwelt ja maßgebend prägt.

So war es den Journalisten kaum möglich dem Bürger ein umfassendes Bild über die Sachlage zu liefern, sondern nur immer Ausschnitte zu präsentieren.

So wirkten vorhandene Probleme oft unscheinbarer und über Ursachen und Entwicklung konnte meist nur spekuliert, aber nie ein sicheres Statement abgegeben werden.

Außerdem leitete die Abteilung Agitation oft Desinformationen an die Presse weiter.

Fakten wurden verdreht oder es wurde schlichtweg gelogen, wenn die Gefahr bestand, der Bürger könnte sonst den Eindruck bekommen, die DDR habe nicht alles hundertprozentig

²⁰ Wolfgang Thierse „Mit eigener Stimme sprechen“, München : Piper, 1992, S. 303

im Griff. Oder die Lügen sollten der Propaganda dienen und den vermeintlichen Feind im Westen schwächen.

Diese Informationen erhielten die einzelnen Pressevertreter meist auf den sogenannten „Argus“.

Das waren Argumentationssitzungen, die am 15. Dezember 1952 eingeführt wurden.

Zunächst wurden in diesen Sitzungen die Weisungen der Regierung an die Chefredakteure der Medien weitergegeben, welche diese dann den zuständigen Mitarbeitern in ihren Unternehmen unterbreiteten.

In diesen Sitzungen wurden den Redakteuren die Themen vorgegeben, welche in der nächsten Ausgabe zu erscheinen hatten, auf welcher Seite und in welchem Umfang sie abgedruckt werden sollten. Auf der Titelseite wurde stets ein Schwerpunkt auf positive Meldungen wie wichtige Staatsbesuche oder Errungenschaften gelegt. Propaganda für ein Bild eines starken Arbeiterstaates.

Die Sitzungen wurden von den Redakteuren immer gleichermaßen aufgefasst.

Man musste vorsichtig sein mit seinen Äußerungen, ja keine Kritik an den Vorschlägen der Partei! Man musste sich ducken und Zustimmung geben, auch wenn im Hinterkopf vielleicht ganz andere Gedanken aufkamen.

Franz Loeser lehrte Philosophie an der Humboldt- Universität in Berlin und war ausserdem Vorsitzender des Paul-Robeson-Archivs der Akademie der Künste der DDR.

Er vergleicht die Redakteure mit gelehrigen Schülern, die vor der Autorität des strengen Lehrers Agitation kuschen:

„Wie Schuljungen in einer Klippschule, so sitzen sie demütig vor dem Genossen Geggel. Seine Anweisungen sind exakt und präzise. Sie legen

die politische Linie der Massenmedien für die kommende Woche fest, über welche Fragen mit was für einer Priorität und wie zu berichten ist. Nicht selten werden sogar detaillierte Formulierungen vorgegeben. Widerspruch oder Protest ist undenkbar. Schon selbst eine Frage an den Genossen Geggel wird als suspekt angesehen. (...) Jeder weiß natürlich, dass selbst die geringste Abweichung von Geggels Anleitung das Ende der Chefredakteurskarriere bedeuten kann. Und so verlassen die Chefredakteure im wahrsten Sinne des Wortes mit schlotternden Knien das Große Haus, von der ständigen Angst gequält, sie könnten etwas veröffentlichen, was den Unwillen der Abteilung Agitation und Propaganda erregt. (...) Man muss es einmal erlebt haben, um sich vorstellen zu können, diese gedrückte entwürdigende Atmosphäre der Anleitung, den starren Blick der Chefredakteure, der die innersten Gedanken des Genossen Geggel zu ergründen versucht, und den Haß, den sie fühlen, aber nicht auszusprechen wagen. Doch hinter Geggels Rücken, hinter vorgehaltener Hand, da sagen sie, was sie wirklich denken. Da nennen sie den Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda im Großen Haus nicht Genosse Geggel, sondern in Erinnerung an einen anderen Propagandisten deutscher Zeitgeschichte Dr. Geggels.“²¹

²¹ Franz Loeser „Die unglaubliche Gesellschaft. Quo vadis, DDR?“, Köln 1984, S. 71 f.

Diese Gefühl der Unterdrückung und der Angst davor, auch nur eine falsche Bemerkung zu machen, blieb unter den Chefredakteuren auch unter anderen Führungsstäben in der Abteilung Agitation erhalten.

Hans-Dieter Schütt etwa empfindet die Sitzungen unter der Leitung von ZK-Sekretär Joachim Herrmann als ein ebensolches Maskenspiel wie auch schon Franz Loeser.

Die Journalisten machen gute Miene zum bösen Spiel und finden nur hinter vorgehaltener Hand und im Flüsterton untereinander offenere Worte:

„ In der Regel warteten wir mehr als eine geschlagene Stunde auf Herrmann, der jedes Mal gerade hektisch von Honecker kam, dann monologisierte er drei, vier Stunden über aktuelle Fragen, und das war's. Es handelte sich um eine Vergatterung auf höherer Ebene; und ich habe eine Runde eingeschüchterter, nickender, emsig notierender und vor allem schweigender Medien-Leiter in Erinnerung, mich einbegriffen, die sich im allerhöchsten Falle vielsagender Blicke zuwarfen, und dies sicher schon mit dem Gefühl, jetzt aber geharnischt auf die Pauke gehauen zu haben. Opposition mit der Augenbraue! Zu diesen Sitzungen hatte der Chefredakteur des Neuen Deutschland den Aufriß der Seiten 1 und 2 des kommenden Tages auszubreiten, Herrmann fuhrwerkte drinrum, und alle standen wie die Lehrlinge um den Tisch. Der Fernseh-Chef ebenso wie der Generaldirektor der Nachrichtenagentur ADN. Gestandene Leute, die sich ständig dieses Gestammel anhörten, dann in die Redaktion zurückgerast sind und nach Herrmanns Rezept den agitatorischen Einheitsbrei zusammenrührten.“²²

²² Brigitte Zimmermann, Hans-Dieter Schütt „OhnMacht: DDR-Funktionäre sagen aus“, Verlag Neues Leben, 1992, S. 196

Die Journalisten die aufgrund der örtlichen Entfernung nicht an den Sitzungen teilnehmen konnten, erhielten ihre „Empfehlungen“ per Brief oder per Telefon übermittelt.

Solche „Empfehlungen“ konnte ab und an auch nur aus einer Aneinanderreihung von Verboten beinhalten.

Dieter Langguth, langjähriger Chefredakteur der Jungen Welt hat eine solche Auflistung in seinen Tagebüchern festgehalten:

- „Nicht das Wort Staatszirkus verwenden
Das könnte den Staat lächerlich machen.
Aus Trotz schrieb eine Zeitung dann: DDR-Zirkus. Prompt wurde das Verbot dieses Begriffes nachgereicht.
 - Nichts über Formaldehyd
Die Bürger könnten Angst vor Krebs bekommen.
 - Nicht das Wort Volksschwimmhalle verwenden
Für wen sind unsere Schwimmhallen denn sonst da?
 - Nichts über Putten, Bowlingbahnen, Schlösschen und Boulevards
Das weckt Bedürfnisse, die wir nicht befriedigen können.
 - Nichts über das Kombinat Schiffbau
Das hat Schulden gemacht, der Direktor wird abgestraft.
 - Keine Fotos aus der Vogelperspektive
Oder wollt ihr Schuld haben, wenn der Fotograf von der Leiter fällt?
-

- Kein Protokollobst auf den Tischen fotografieren
Sonst wird die Bevölkerung neidisch!
- Nichts über Bratwurststände
Die Leute essen schon genug Fleisch!
- Nichts über Atomkraftwerke
Sonst wird ein sensibles Thema hochgepuscht!
- Nichts über selbstgebaute Fluggeräte
Sonst hauen die Leute ab!
- Nichts über Formel-1- Rennen
Wir können uns die nicht leisten!“²³

Ein weiteres solches Beispiel lieferte die Ostsee-Zeitung. Allerdings veröffentlichte die Zeitung ihre Aufzählung erst nachdem die Mauer gefallen war und somit keine Gefahr durch die Staatssicherheit drohte, nämlich in der Ausgabe vom 20./21. Januar 1990:

- „Wir bitten von der Behandlung des 17. Juni 1953 in Veröffentlichungen abzusehen
- In der Ausgabe für Sonnabend steht der Gruß Erich Honeckers an die 12. Weltfestspiele an der linken Spitze Seite 1
- Ein Nachdruck der Veröffentlichung im Neuen Deutschland „20 000 Ehemalige wollen zurück“ in anderen Zeitungen ist nicht vorgesehen. Ebenso ist von eigenen Beiträgen bzw. Kommentierungen in dieser Angelegenheit abzusehen

²³ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 38

- Am morgigen Donnerstag findet die Übergabe der zweimillionsten Wohnung in Anwesenheit des Generalsekretärs statt: Wir bitten, darüber auf Seite 1 vom Freitag groß aufgemacht zu berichten
- Wir bitten Euch, bis auf weiteres von jeglicher weiteren Vorankündigung des DEFA-Films „Der rote Kandidat“, ein DEFA-Film über einen entscheidenden Abschnitt im Leben von Ernst Thälmann, abzusehen. Das gilt sowohl für redaktionelle Beiträge jeglicher Art wie auch für Annoncen
- Für die Ausgaben vom Sonnabend erhaltet Ihr den „Aufruf zum 35. Jahrestag der Gründung der DDR“. Wir bitten Euch, den Schriftgrad so zu wählen, dass die Seiten 1 und 2 ausschließlich diesem Material gewidmet sind
- In Stellungnahmen von Eltern und Pädagogen sollten Bekenntnisse zu unserer Politik der Stärkung des Sozialismus und der Sicherung des Friedens (Interview Erich Honeckers) wiedergegeben werden. Dabei gilt es, die großen Leistungen unserer Volksbildung in den 35 Jahren DDR, in Geborgenheit und Zukunftsgewissheit für unsere Kinder und Enkel in der sozialistischen Gesellschaft hervorzuheben“

Zwar forderte Walter Ulbricht in seiner Zeit als Staatsratsvorsitzender der DDR mehr Offenheit in den Argus, aber mehr Offenheit war auf keinen Fall mit mehr Öffentlichkeit gleichzusetzen und somit bedeutete diese Forderung für keinen Journalisten einen Schritt nach vorn.

Und doch erlebte die Abteilung Agitation unter Albert Norden als deren Leiter in der Ära Ulbricht ihre Hochzeit.

Albert Norden war von 1958 bis 1981 Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und hauptverantwortlich für die Medien der DDR.

Für ihn galt die Anteilung Agitation stets als das wichtigste Medieninstrument des Staates.

Albert Norden wollte Medien verstärkt nutzen, um Produktivität in der DDR zu steigern.

Diese Zielsetzung gab er auf einer Sitzung mit den Redakteuren am 14. März 1963 bekannt.

Um dies zu erreichen sollten tagesaktuelle Informationen und Geschehnisse im Rahmen der journalistischen Berichterstattung in den Hintergrund rücken und dafür sollte ein stärkerer Fokus auf die ökonomischen Probleme der DDR gelegt werden.

So hoffte Norden, die Bevölkerung animieren zu können sich durch härtere Arbeit für den eigenen Staat und gegen die bestehenden Schwachstellen einzusetzen.

Damit diese neue Form der Berichterstattung auch wirklich im vollen und wirksamen Maße umgesetzt werden konnte, forderte Norden eine Vollsitzung mit allen haupt- und ehren amtlichen Mitgliedern der Presse aller 14 Tage.

Es sollten also nicht mehr nur die Chefredakteure einbezogen werden, die dann die Anweisungen an ihre Mitarbeiter weiterleiteten, sondern Norden wollte auf so viele Journalisten wie möglich in diesen Sitzungen persönlich Einfluss nehmen und dadurch die Kontrolle über die Medienwelt und ihre Vertreter intensivieren.

Eine weitere Veränderung in der Berichterstattung war der Schwerpunkt, der auf lebensnahe Probleme gelegt werden sollte. Die Presse sollte Probleme widerspiegeln und beleuch-

ten, mit denen sich jeder Bürger leicht identifizieren konnte, weil jeder so etwas schon einmal auf die ein oder andere Art erlebt hat.

Arbeit gehörte natürlich zu solchen Problematiken, sodass sich diese beiden von Norden verlangten Neuerungen leicht verknüpfen ließen.

So sollte die Presse für den Rezipienten zum einen les- und hörbarer werden, aber vor allem wollte Norden dadurch das Gefühl in der Bevölkerung prägen, eine große Gemeinschaft zu sein, die gemeinsam – Seite an Seite und Hand in Hand – für die gleichen Ziele kämpft.

Vorraussetzung an die Journalisten war natürlich immer Probleme zu wählen, die leicht lösbar waren. Solche Probleme waren zum Beispiel vermeidbare Ärgernisse des Alltags, Behördenschlampereien oder persönliche Versäumnisse von Staats- und Wirtschaftsfunktionären aus mittlerer oder unterer Ebene, denn die waren ja leicht ersetzbar.

Probleme, die verschwiegen werden sollten, waren Umweltprobleme, Versorgungsmängel, die Fluchtproblematik, die Kriminalitätsentwicklung oder die personelle Stärke der bewaffneten Organe. Letzteres sollte auch aufgrund der Angst vor Spionage durch den Westen vermieden werden.²⁴

Zu Albert Nordens weiteren Bestrebungen zählte unter anderem die raschere Reaktionen auf Fragen und Probleme in der DDR-Bevölkerung.

Hierfür wurde extra eine aus drei „Genossen“ bestehende aktuelle Argumentationsgruppe gegründet, die sich aber rasch zu einer wirkungslosen Debattiergruppe wandelte.

²⁴ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 41

Und an oberster Stelle hatte in der Berichterstattung stets die schnellere und offensivere Reaktion auf die Argumente des Feindes, also vor allem die der Westmedien, welche trotz Zensur und Kontrolle in die DDR vordrangen.

Norden trieb ebenfalls der Erforschung der öffentlichen Meinung voran, um herauszufinden, wie man die Bevölkerung besser und gezielter beeinflussen und steuern kann.

Hierzu dienten zum Beispiel die Analyse von Leser- und Hörerbriefe oder Umfragen, welche von dem vom Zentralkomitee gegründeten Meinungsforschungsinstitut durchgeführt wurden. Diese Zielstellungen übernahmen zum Großteil auch Nordens Nachfolger.

Doch Kontrolle war nicht die einzige Leitlinie in der Zielstellung der DDR-Führung bezüglich der Abteilung Agitation.

Die Abteilung wurde von den obersten Staatsmitgliedern auch gern genutzt, um sich selbst zu präsentieren und zu profilieren. Ulbricht und Honecker griffen zu diesem Zweck gerne auf das Neue Deutschland zurück.

Zu besonderen Ereignissen wurden extra „Bilderzeitungsausgaben“ veröffentlicht, in welchen die Staatschefs als starke und sichere Staatsoberhäupter abgebildet wurden.

Beide widmeten der Kontrolle und Anleitung des Neuen Deutschland große Aufmerksamkeit. So wurde etwa das Führungspersonal in den 50er Jahren so oft ausgetauscht, bis es vollkommen parteikonform war und damit ausschließlich im Namen und Willen der DDR-Regierung handeln würde.

Bis zu seinem Rücktritt nahm Honecker stets persönlich Einfluss auf die Gestaltung der ersten beiden Seiten des Neuen Deutschland, um den okus der Berichterstattung stets auf positive und erfolgreiche Aspekte zu setzen.

Daran mussten sich dann auch alle anderen Zeitungen orientieren.

Auch in die Berichterstattung der „Aktuellen Kamera“ griff Honecker ein, teilweise noch kurz vor oder während der laufenden Sendung.

Die Eingriffe und die Lenkung des Fernsehgeschehens geschahen bei Honecker meist aus dem Hintergrund.

Ihm waren Veröffentlichungen in Zeitungen eh immer lieber als eigene Auftritte im Fernsehen oder Radio.

Solche Auftritte schlossen nie Unerwartetes aus, was sich eventuell schnell zum Nachteil der Parteispitze entwickelt konnte.

Artikel konnte man auch ein zweites oder drittes Mal lesen und zu seinem Gunsten korrigieren, bevor die breite Masse ihn in den Händen hielt.²⁵

Im Rahmen der Methodik der Abteilung Agitation spielt die enge Zusammenarbeit mit dem Presseamt ebenfalls eine bedeutende Rolle.

Das Presseamt war zuständig für die Kontrolle über Verlage und Druckereien.

Für Zeitungen und Zeitschriften hieß es also, nichts durfte in den Druck gehen, bevor neben der inhaltlichen Bestätigung durch die Abteilung Agitation nicht auch das O.k. durch das Presseamt gegeben war.

Im September 1949 wurde die sogenannte Hauptverwaltung für Information eingerichtet.

Nach der Gründung der DDR im Oktober desselben Jahres wurde dieses Organ in das Amt für Information umbenannt.

²⁵ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 52 ff.

Ab 1952 galt die Bezeichnung Presseamt. Die folgenden neun Jahre unterstand es dem Ministerpräsidenten der DDR und ab 1963 dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR.²⁶

Hauptaufgabe des Presseamtes war die Lizenzvergabe für alle erscheinenden Presseerzeugnisse.

In Rahmen dieser Tätigkeit fand eine tägliche systematische Nachzensur statt.

Die journalistischen Erzeugnisse mussten sich also eine doppelten Zensur durch zwei in engem Zusammenspiel agierenden Organe unterziehen – zum einen der gründlichen Inhaltskontrolle durch die Abteilung Agitation und dann der abschließenden Zensur des Presseamtes.

Auch die kleinsten Fehler gerieten dabei nicht in Vergessenheit, denn es wurden Inhaltsanalysen über langfristige Zeiträume erstellt.

Bei Verstößen wurde dabei ein besonderer Fokus auf eigenmächtiges Handeln der Pressevertreter bei Wort- und Bildbeiträgen und deren Platzierung gelegt.

Die Chefredakteure erhielten im Presseamt an jedem Donnerstag nach den Argus, die dort beschlossenen Empfehlungen und Hinweise, um sie anschließend in ihren Redaktionen kundzutun.

Bei Verstößen gegen diese Empfehlungen konnte es den Redakteuren nicht nur passieren, dass sie zu Auswertungsgesprächen in die Abteilung Agitation geladen wurden, sondern sich gleich danach die nächste Anstandspredigt im Presseamt anhören durften.

Außerdem waren bei Fehltritten die Druckfreigaben für die Presseerzeugnisse langfristig gefährdet.

²⁶ <http://www.ddd-wissen.de/wiki/ddd.pl?Presseamt>

Im Jahr 1977 durften in 17 Fällen komplette Ausgaben einer Zeitung nicht erscheinen.

Manchmal wurde dem Chefredakteur sogar die Möglichkeit verweigert, solche Verbote abzuwehren, indem er gar nicht die Gelegenheit bekam, sich in solchen Gesprächen für seine oder die Fehltritte seiner Mitarbeiter zu rechtfertigen und zu entschuldigen.

In solchen Fällen sprachen die Staatsorgane zum Beispiel sofort mit den Vertretern der dem Chefredakteur übergeordneten Kirchenleitung, um etwa die Abberufung des Redakteurs zu fordern oder die Nominierung eines neuen Chefredakteurs abzuweisen, wenn dieser nicht linienkonform erschien.

Um Fehlern in den Redaktionen leichter auf die Spur zu kommen, wurden sogenannte „vertrauliche Informationsverbindungen“ zwischen Mitarbeitern des Presseamtes und einzelnen Redaktionsmitgliedern und Kirchenpublizisten aufgebaut, die gezielte Mitteilungen und Warnungen beinhalteten, sowie detaillierte Kenntnisse über eventuell parteifeindlich gesinnte Kollegen.

Ab den 50er Jahren übernahm das Organ ebenfalls die Betreuung von westdeutschen und ausländischen Journalisten. Diese Aufgabe fiel vorher in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Staatssicherheit.

Außerdem übernahm das Presseamt die Subventionierung der Nachrichtenagentur ADN und des Zeitungsausschnittsdienstes Globus, welcher auf die westliche Presse spezialisiert war.

Das Amt trug des weiteren die Verantwortung für die Herausgabe von Publikationen der Auslandspropaganda.

Das Presseamt übernahm auch die Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien einschließlich des dreimal pro Woche herausgegebenen Regierungspresstedienstes „Presse-Information“.

Über das Organ lief auch die Registrierung des Imports von dienstlich benötigten westlichen Zeitungen und Zeitschriften. So informierte sich die DDR-Regierung über die Erscheinungen in der Presse des westlichen Feindes und sondierte die Meldungen aus, die beim Abdrucken in der eigenen Presse genutzt werden konnten, um den Westen zu denunzieren. Im Presseamt lag auch die Redaktion der Monatszeitschrift „Presse der Sowjetunion“ und das Amt übernahm teilweise die Anleitung und Kontrolle der Blockpartei- und Kirchenzeitungen. Dem Presseamt unterstanden rund 50 Mitarbeiter. Diese arbeiteten jedoch nie eigenverantwortlich, sondern immer unter der Anweisung der höheren Staatsorgane.²⁷

²⁷ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 72 ff.

2.Schild und Schwert der Partei – das Ministerium für Staatssicherheit

2.1. Die Entstehung und Bedeutung des Ministeriums für Staatssicherheit



„Noch einmal wiederhole ich: Wir müssen alles erfahren! Es darf an uns nichts vorbeigehen. (...) Das ist eben die Dialektik des Klassenkampfes und der Arbeit der Tschekisten.“²⁹

²⁸ http://www.bstu.bund.de/cln_028/nn_714160/DE/Bildung/Unterrichtsmaterialien/downloads/foliensatz_farbe,templateld=raw,property=publication/File.pdf/foliensatz_farbe.pdf

²⁹ von Erich Mielke, 1981 aus Jens Gieseke: „Mielke-Konzern – Die Geschichte der Stasi 1945 - 1990“; Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart München; 2001, Vorwortszitat

Die DDR basierte auf einem System der Kontrolle. Doch die bis jetzt beschriebene Kontrolle reichte nicht aus. Denn auch wenn die Regierung der DDR alles daran setzte, dass die Fehler des Systems nicht erkannt wurden und dass dank des Schweigens und Vertuschens keine falschen Sehnsüchte in den Köpfen der Menschen erwachten, so wurde einigen doch bewusst, dass es so wie es war irgendwie nicht ganz stimmte. Dass ein System, in welchem man nicht offen die eigenen Gedanken aussprechen und mit anderen teilen konnte, nicht ganz gesund war.

Doch solche Gedanken waren gefährlich.

Nicht nur für den Job, sondern für die eigene Privatsphäre, für Familie und Freunde, ja manchmal sogar für das eigene Leben.

Denn gegen Menschen, die der Öffentlichkeit vor Augen führen wollte, was in der DDR schief lief, ging der Staat vehement vor. Mit Beobachtung, mit Einschüchterung bis hin zur Gewaltanwendung.

Und dafür schuf sich die DDR-Führung ein Organ, welches als Auge und Ohr der Parteispitze dienen sollte.

Mit Mitarbeitern, die sehen sollten ohne gesehen zu werden, lauschen und erfahren ohne bemerkt zu werden und wissen ohne dass ein anderer von ihnen weiß.

Natürlich alles unter der Hülle des angeblichen Schutzes.

Denn die Leute, die vor Fehlern in der DDR warnten, standen eindeutig auf der Seite des Feindes. Sie hatten sich mit dem Westen verbündet und vor solchen vom Kapitalismus zerfressenen Individuen müsse die Gesellschaft bewahrt werden.

Sie musste schnellstmöglich und so gründlich wie es geht von diesen Verrätern des eigenen Systems gereinigt werden.

Am 08. Februar 1950 wurde jenes Organ gegründet, dass diese Aufgabe übernehmen sollte – das Ministerium für Staatssicherheit.

An diesem Tag fand die zehnte Sitzung der Provisorischen Volkskammer der DDR statt.

Um 21 Uhr abends trat Dr. Karl Steinhoff an das Rednerpult, um mit seiner Ansprache zu beginnen.

Steinhoff war Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer sowie Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der SED und außerdem Mitglied des Zentralkomitees der SED.

Er brachte einen Gesetzesentwurf zur Sprache, welcher beinhaltete den Ministerrat der DDR um ein 15. Ressort zu erweitern.

Die bisherige Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft des Innenministeriums sollte zu einem Ministerium für Staatssicherheit werden.

Die Dringlichkeit einer solchen Neuerung begründete Steinhoff mit folgenden Worten:

„Die detaillierten Berichte, deren wesentlichen Inhalt Sie aus der Presse entnommen haben werden, ergaben den Beweis für die Tätigkeit verbrecherischer Elemente im Auftrage und unter direkter Anleitung durch die englisch- amerikanischen Imperialisten und ihrer Handlanger.“³⁰

Steinhoff bezog sich dabei auf eine angeblich erhöhte Anzahl an Saboteuren und Spionen in der DDR, die unter anderem für

³⁰ Jens Gieseke: „Der Mielke-Konzern: Die Geschichte der Stasi von 1945.1990“, Deutsche Verlags-Anstalt, 2006, S. 21

mehrfache Sprengstoffanschläge in Betrieben und im Verkehrswesen verantwortlich seien. Und denen müsse mit Hilfe eines solchen neuen Instrumentes der Regierung das Handwerk gelegt werden.

Und Steinhoff fand mit diesen Klagen reiche Unterstützung in der Sitzung.

Fritz Lange, der Leiter der „Zentralen Kommission für staatliche Kontrolle“ kritisierte Produktionsausfälle durch Fälle von Sabotage und Betrügereien, mit denen westliche Kräfte die volkseigenen Betriebe in die Knie zwingen wollen.

Und der Leiter der DDR-Kriminalpolizei bemängelte fahrlässig verursachte Brände auf dem Land, welche Großbauern gelegt hätten, um Bürgermeistern, Funktionären und Neubauern zu schaden.

Erich Mielke klagte über von alten Nazi-Kadern durchtränkte Terror- und Spionageorganisationen, die im Auftrag von englischen und amerikanischen Spionagediensten Produktionsstätten sprengten, Kriegshetze durch Flugblätter betrieben und weitere Attentate vorbereiten würden.

Mit der folgenden Äußerung versuchte er Steinhoff den Rücken zu stärken und die unabdingbare Notwendigkeit seines Entwurfes zu unterstreichen:

„Zwingen nicht diese Tatsachen, Maßnahmen zu ergreifen, die dem Treiben dieser feindlichen Elemente ein Ende bereiten? In der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wird im Artikel 6 gesagt:

Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Ras-

sen-, und Völkerhass, militärische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.

Um die volle Wirksamkeit unserer Verfassung zu erhalten, ist es notwendig, diesen Artikel durch die Schaffung geeigneter Organe, die den Kampf gegen Agenten, Saboteure und Diversanten führen, wie auch durch entsprechende Strafgesetze, die der Justiz die Möglichkeit geben, die von diesen Organen festgenommenen und überführten Täter der gerechten Strafe zuzuführen, zu verwirklichen!“³¹

Dank dieser Unterstützung wurde der Beschluss, den neuen Gesetzesentwurf zu verabschieden, innerhalb von wenigen Minuten gefasst.

Die Abgeordneten verzichteten sogar auf Wortmeldungen, Ausschussberatungen oder Gegenstimmung.

Wenige Minuten, in denen eine Entscheidung gefällt wurde, deren Konsequenzen so zahlreiche Leben beeinflussen und sogar zerstören sollten.

Das Neue Deutschland schrieb in der am 09. Februar erschienenen Ausgabe in einem Leitartikel „Ein großer Tag in der Volkskammer“ auf Seite 2, der Beschluss sei nicht etwa stillschweigend, sondern unter „großem Beifall“ gefällt worden.

³¹ Jens Gieseke: „Der Mielke-Konzern: Die Geschichte der Stasi von 1945.1990“, Deutsche Verlags-Anstalt, 2006, S. 22 f.

Lediglich der Präsident der Provisorischen Volkskammer meldete sich mit Zweifeln zu Wort.

Die DDR- Verfassung schrieb im Artikel 94 vor, dass bei einer Gründung eines neuen Ressorts die namentliche Nennung der einzelnen Mitglieder nötig ist, welche dieses Ressorts besetzen sollen.

Erfolgte diese Nennung nicht, so würde die DDR gegen ihre eigene Verfassung verstoßen.

Doch der Einwand wurde umgangen. Man einigte sich darauf, dass sobald die Mitglieder bekannt seien, ein einfaches Missbrauchsvotum ausreichend sei, um unerwünschte Besetzungen wieder zu entfernen.

Und somit war das neue Ministerium der Staatssicherheit gegründet.

Am 16. Februar ernannte Walter Ulbricht Wilhelm Zaisser zum ersten Minister und Erich Mielke zum ersten Staatssekretär.

In den folgenden sechs Jahren erschloss sich das neue Organ nach und nach seine einzelnen Aktionsfelder, welche aber alle eine oberste Zielstellung verfolgten – die Feinde der DDR zu bekämpfen.

In der offiziellen Richtlinie 1/58 über die Zielstellung des neuen Staatsinstrumentes wird dies natürlich in einem positiveren Wortlaut wiedergegeben:

„Die Tätigkeit der Sicherheitsorgane der DDR dient der Gewährleistung der Sicherheit in der DDR, der Festigung des Arbeiter- und Bauernstaates und der friedlichen Entwicklung des sozialistischen Aufbaus.

Sie dient dem Kampf unseres Volkes um die Erhaltung des Friedens, der Bekämpfung des „kalten Krieges“ und aller Aggressionsabsichten der

Imperialisten; sie trägt somit zur Festigung und Sicherung des gesamten sozialistischen Lagers bei.“³²

Um diesen vorgegebenen Zweck zu erfüllen, wurden auf der Sitzung erst einmal vier große Hauptaufgaben des Ministeriums festgelegt.

Zum ersten sollten die Mitarbeiter aufdecken, welche Pläne und Absichten die Gegner der DDR und des Sozialismus hegten.

So wollte sich der Staat rechtzeitig gegen eventuelle Anschläge durch die feindlich gesinnten imperialistischen Kräfte wappnen.

Um diese Kenntnisse zu erlangen, sollten die wichtigen politischen Zentren in Westberlin und im gesamten Westdeutschland und in den einflussreichen Staaten der NATO mit Spionen und Agenten besetzt werden.

Und man wollte den Gegnern die Möglichkeit nehmen, die gleichen Mittel anzuwenden.

In feindliche Geheimdienste, westliche Abwehr- und Nachrichtenorgane und ebenfalls in Agenten- und Untergrundorganisationen wollte die DDR- Regierung eigene Agenten einschleusen.

Die feindlichen Organe sollten schnellstmöglich erkannt und dann durch offensive Abwehrarbeit zersetzt und endgültig zerschlagen werden.

Und man wollte die Methoden der Feinde kennen, um sich gegen Angriffe psychologischer oder materialistischer Art rüs-

³² Helmut Müller-Enbergs: „Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit“, Ch. Links Verlag, 1998, S. 290

ten zu können, aber auch um diese Methoden selbst erfolgreich gegen die gegnerische Seite einsetzen zu können.

Die zweite Aufgabe legte den Fokus weg von dem benachbarten Westdeutschland auf die NATO-Mitgliedstaaten. Deren militärpolitische Lage, deren strategische Pläne und Absichten sollten ausgekundschaftet werden.

Wann könnten die jeweiligen NATO-Mächte die politische und wirtschaftliche Stärke erreicht haben, um wirksam gegen die DDR vorzugehen? Oder wann war der richtige Zeitpunkt erreicht, um selbst mit Erfolg in den Staaten zuzuschlagen, um sie langfristig zu schwächen?

Aber die Spionage sollte auch dazu dienen, die DDR zu einer führenden Macht zu formen.

Die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften anderer Länder sollten ausgekundschaftet und zu eigenen Zwecken genutzt werden.

Und dabei war es das Ziel, möglichst noch schneller und besser zu sein als der Gegner – dank den von ihm gewonnenen Informationen.

Um Informationen drehte sich auch die dritte beschlossene Aufgabe des Ministeriums.

Die Regierung sollte von dessen Mitarbeitern stets über die Pläne der Bonner Regierung aufgeklärt werden, was die Innen- und Außenpolitik anbelangte.

Außerdem wollte die DDR-Führung zu jeder Zeit über die Situation in den Parteien, in den wichtigen Institutionen und Organisationen in Westdeutschland auf dem neuesten Stand sein.

Die klerikal-faschistische Herrschaft der westlichen Mächte und der dort regierende Militarismus müssten mit aller Kraft und allen Mitteln bekämpft werden.

Deswegen musste man verhindern, dass die westlichen Agenturen Wissen über die Zustände in der DDR erlangen konnten

oder die im eigenen Staat ansässigen Agenturen zu Fehlhandlungen oder falschen Entscheidungen provozieren konnten.

Das vierte Tätigkeitsfeld konzentrierte sich wiederum vollkommen auf die feindlichen Kräften in Westdeutschland.

Die wirtschaftliche Lage sollte genau beobachtet werden samt der Lage in den dort ansässigen Betrieben.

Dabei lag der Schwerpunkt vor allem auf der Rüstungsindustrie und auf dem Außenhandel. Die Partei-Spitze wollte wissen, mit welchen ausländischen Handelspartnern der Westen hilfreiche Verbindungen knüpfte und ob die DDR selbst auf diese Handelsbeziehungen zurückgreifen und den Westen somit ausstechen könnte.

Und auch hier galt es wieder, wichtige neue Errungenschaften im technischen Bereich zu erkennen und zu eigenem Gunsten auszulegen.³³

Und natürlich kam dann noch die Kontrolle im Landesinneren der DDR hinzu.

Feinde des sozialistischen Systems mussten früh erkannt werden, bevor sie die Gelegenheit hatten, ihr verdorbenes Gedankengut in der Bevölkerung zu verbreiten.

Diese Objekte mussten einer umfassenden Überwachung unterzogen werden, sowohl in ihrem beruflichen als auch privaten Umfeld.

Dabei standen unter anderem die Büros der anderen Parteien, der Untersuchungsausschuss der Freiheitlichen Juristen, der Rundfunksender RIAS und die in der DDR vertretenen westlichen Geheimdienste unter Beobachtung, aber natürlich auch Künstler, Journalisten jeder Art oder Lehrer.

³³ Helmut Müller-Enbergs: „Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit“, Ch. Links Verlag, 1998, S. 291

Jeder mit einer abweichenden Haltung oder Meinung geriet ins Visier des MfS und musste sich schnell mit dem Vorwurf ein Saboteur und Volksverräter zu sein, konfrontiert sehen oder man wurde zum vermeintlichen Geheimgent erklärt.

Und falls sie durch operative Maßnahmen nicht auf den rechten Weg des Sozialismus zurückgeführt werden konnten, mussten sie aus dem System der DDR entfernt werden.

Die Einsatzkräfte des Ministeriums für Staatssicherheit mussten, um diese Aufgaben erfüllen zu können, auf breitem Gebiet vertreten sein.

Darum war das Ministerium für Staatssicherheit wie jede überregionale Behörde mit Ober- und Unterabteilungen ausgestattet.

In Berlin lagen die zentralen Hauptabteilungen, die alle Bereiche der DDR-Gesellschaft unter sich aufgeteilt hatten. Zu diesen Bereichen zählten etwa Kirche, Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Postverkehr.

Damit die tiefgreifende Überwachung reibungslos und sorgfältig ablief, gab es auch noch eine für Technik verantwortliche Hauptabteilung, die zusätzlich auch noch die Ermittlungsverfahren führte.

Die DDR war ab dem Sommer 1952 wie durch den Beschluss der Provisorischen Volkskammer festgelegt in 15 Bezirke aufgeteilt.

Zuvor gab es Länder. Jeder Bezirk besaß eine eigene Bezirksverwaltung, in der die einzelnen Abteilungen für ihre Region dieselben Aufgaben zu erfüllen hatte wie die Hauptabteilungen für das gesamte Land.

Und in jeder dieser Verwaltungen waren Mitarbeiter des Ministeriums vertreten, die hier von der Hauptverwaltung in Berlin

ihre Anweisungen erhielten und ausführten und ihre Berichte und Informationen an den Hauptsitz schickten.³⁴

Im Laufe der Jahre stapelten sich Unmengen solcher Berichte in den Akten des Stasi-Archivs.

Erst nach der Wende erhielten die Opfer der Stasi-Verfolgung die Gelegenheit in ihre Akten, gesammelt in der Gauck-Behörde, Einsicht zu erhalten.

Auch über Roland Jahn sind zahlreiche Vorfälle dokumentiert. Die Aktivitäten des damaligen Studenten fielen der Stasi nicht gleich auf. Doch Roland Jahn ging nach und nach entschiedener dabei vor, sich Gehör zu verschaffen.

Und so sah man im Ministerium genauer hin. Man beobachtete, man versuchte ihn zur Vernunft zu bringen, griff schließlich zu Drohungen und letztendlich zur Gewalt.

Und auch mit dem Überqueren der steinernen Grenze der Mauer ließ sich das Auge und das Ohr der Partei nicht abhängen.

³⁴ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2376>

2.2. Die Opposition als Spiegel der Gesellschaft – Roland Jahn und die Stasi

*„Es geht nicht darum, wer Recht hat und auf wessen Seite die
Gesetze sind.*

*Es geht darum, wer die Macht hat und die haben wir -
im Interesse der Arbeiterklasse!“³⁵*

Roland Jahn begann mit seinen Protestaktionen im kleinen Rahmen.

Ein paar Postkarten oder Briefe an Freunde. An Menschen, denen er vertrauen konnte, denn man wusste ja nie ganz genau, wer vielleicht auch im Namen eines anderen Augen und Ohren offen hielt.

Doch Jahn fand in diesen anfänglichen Bestrebungen, seinem Unwillen über die gesellschaftlichen Mängel Ausdruck zu verleihen, gerade an der Universität und in dem als Student neu erschlossenen Bekanntenkreis schnell Gleichgesinnte.

Jürgen Fuchs ist nur ein Beispiel. Eine Freundschaft, die auch nach Fuchs Abgang in den Westen bestehen blieb.

³⁵ Äußerung eines Gefängnismitarbeiters im Verhör mit Jahn;
http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html;jsessionid=8711B908243901D7170A776E383793F9?play=9896.mp4&preview=9895.jpg

Jahn wird auch Mitglied der oppositionellen Gruppe Friedensgemeinschaft Jena.

Die Gruppe wurde im März 1983 gegründet. Bis zu diesem Zeitpunkt hat immer noch die Kirche die Schirmherrschaft über die oppositionelle Bewegung und war die einzige Organisation, die der Opposition noch etwas Schutz bieten konnte.

Doch vielen Jugendlichen erschien dieser Schutz nicht ausreichend.

Denn sie wünschten sich Unterstützung durch Einsatz und Taten und nicht nur die tolerierende Untätigkeit.

Hier findet Jahn endlich die Gesprächs- und Diskussionspartner, die ihm in der Uni fehlten.

Nach der Biermann-Ausbürgerung und dem Tod von Matthias Domaschk wird die Friedensgemeinschaft eine der bedeutendsten Keimzellen der Oppositionsbewegung der DDR, die natürlich unter beständiger Beobachtung durch das Ministerium für Staatssicherheit stand.

Eine Gemeinschaft für jeden, der den Mut hatte, aufzustehen und etwas tun zu wollen.

Das spiegelt auch die Konzeption wider, welche bei der Gründung niedergeschrieben wurde:

„Konzeptpapier der Friedensgemeinschaft Jena vom März 1983

Konzeption- Der Friedensgemeinschaft Jena

Wer sind wir:

Solidargemeinschaft - bestehend aus Christen, Atheisten, konfessionell Ungebundenen, keine pol. Organisation, ohne Leitung, ohne eingeschriebene Mitglieder

Warum haben wir uns zusammengefunden:

- Angst vor Krieg, Terror, Ungerechtigkeit, Einsamkeit, Isolierung
- gemeinsames Gefühl der Ohnmacht, des Entmündigtseins, der Bedrohung,
- gemeinsame Erlebnisse und Erfahrungen

Motivation:

christlicher, pazifistischer, humanistischer Ursprung

Was wollen wir:

Frieden zwischen den Menschen als Voraussetzung zum Leben, als Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - unter Verzicht auf Gewalt

Was ist für uns Frieden:

Leben in freier Verantwortung in Gemeinschaft

Lebensweise der Menschen, durch die die menschliche Würde und Persönlichkeit geachtet wird, durch die die persönliche Freiheit des Einzelnen nicht eingeschränkt wird, durch die es zur Selbstverständlichkeit wurde, einander beizustehen und zu helfen, durch die Gerechtigkeit unter den Menschen waltet Harmonie zwischen Menschen und Natur/Umwelt

Voraussetzungen für unser konkretes Friedensengagement:

- Engagement für den Frieden ist mehr als Engagement gegen den Krieg
- aktive Auseinandersetzung mit persönlichen und gesellschaftlichen

Lebenssituationen und Strukturen

- eigenständige Handlungsfähigkeit und Verantwortlichkeit
- aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben
- Bereitschaft zu Auseinandersetzung und Dialogführung,
- kritische Auseinandersetzung mit sich selbst
- Offenheit für Neues und Andersdenkende

- Bereitschaft, Risiken einzugehen, Leiden auf sich zu nehmen

Inhalt:

Warnung und Information über die Ausmaße von Kriegen, Atomkriegen

Kennzeichnen der Militarisierung im gesamten Leben

Dialogführung mit staatl., gesellschaftl. und kirchl. Vertretern

Warnung und Information über Umweltzerstörung und Folgen und Ausmaße Erziehung zu Sensibilität, Kreativität, Sozialverhalten, Kommunikationsfähigkeit gleich Mündigkeit

Darstellung eigener Gedanken und Positionen vor Öffentlichkeit, um Mißverständnisse abzubauen, Vorurteilen vorzubauen

- Solidaritätsbekundung mit Notleidenden und Gleichgesinnten

Formen:

Treten in und vor die Öffentlichkeit durch die Durchführung von Gottesdiensten und Meditationen, durch Ausstellungen und Vorstellungen, durch Ausgestaltung von Gesprächsrunden und Organisation derselben, durch Schreiben, Aufrufe und Eingaben

persönliche Zuwendung zum Einzelnen durch Gespräche, Geldspenden und praktische Hilfe

Aufsuchen staatl. und kirchl. Stellen zwecks Verständigung durch Teilnahme an Gesprächsforen, Einladen zu Gesprächsrunden, Nutzen öffentlicher Sprechstunden Verbindungsaufnahme zu anderen Friedenskreisen im In- und Ausland zwecks Austausch und Zusammenarbeit durch Besuch und Teilnahme an Veranstaltungen anderer Kreise, Einladen zu eigenen Veranstaltungen, persönliche Kontakte zu deren Vertretern

Frieden ist für uns kein Endziel, sondern Geschehen, lebbar, immer in der konkreten Situation.

Jena, März 1983³⁶

³⁶ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2793>

Zusammen mit den Mitgliedern der Friedensgemeinschaft nimmt Jahn an verschiedenen Aktionen gegen das DDR-Regime teil. Er geht zu Demonstrationen auf die Straße, ist Mitglied von Mahnwachen für inhaftierte Oppositionelle, aber er bleibt auch weiterhin seiner Linie treu, Postkarten und Fotomontagen zu nutzen, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Dabei griff Jahn auch oft zu drastischen Mitteln.

Am ersten Mai 1982 setzt er gleich auf zwei unterschiedlichen Wegen ein Zeichen gegen das System.

Auf der Demonstration zum ersten Mai läuft Jahn mit in der Menge.

In seiner Hand ein Plakat. Eines von vielen Plakaten auf dieser friedlichen Demo. Und doch ein besonderes.

Es sticht hervor durch – Leere.

Auf dem Plakat steht nichts, da ist kein Bild oder keine Zeichnung zu sehen, es ist einfach weiß und leer. Und dadurch übermittelte dieses Plakat besonders eindrucksvoll eine klare Botschaft – Ich darf in diesem Staat meine Meinung nicht offen und ohne Angst vor Konsequenzen äußern. Also bleibt das Plakat unbeschrieben. Und niemand kann ein weißes Plakat verbieten!

Ein klares Zeichen an die Führungskräfte der DDR, an die Bevölkerung, aber auch an die ehemaligen Kommilitonen Roland Jahns.

Er hatte zeigen wollen, dass man vieles sagen kann, was eigentlich unmöglich erscheint.

Man muss nur die richtigen Wege finden. Und den Mut haben, nach ihnen zu suchen.

Von seinen Verbündeten in der Friedensgemeinschaft, aber auch von den Bürgern erhielt Jahn viel Anerkennung und Rückendeckung.

Andere meinten einfach, dass dieser Jahn doch vollkommen spinnt.

Aber was für Jahn zählte, war das gesetzte Zeichen und dass er gezeigt hatte, dass auch die Stasi in einigen Situationen einfach machtlos war.

Doch Jahn hatte sich für diesen ersten Mai noch etwas weitaus provozierenderes ausgedacht als sein leeres Plakat.

Der erste Mai wurde schon lange von den Führungskräften des deutschen Staates genutzt, um die Stärke des eigenen Staates zu demonstrieren.

Hitler hatte an diesem Tag die Stärke des Heeres zur Schau gestellt und sich selbst und sein Regime feiern lassen.

Stalin ließ an diesem Tag die Leute auf der Straße marschieren und auch Ulbricht hat es diesen beiden gleichgetan.

Es war nicht das auf die Straße gehen, was Roland Jahn an diesem Tag störte.

Es war das blinde Mitlaufen der meisten der DDR-Bürger. Sie gingen auf die Straße und jubelten der Regierung zu, ohne darüber Nachzudenken, wem ihre Huldigungen eigentlich galten.

Menschen, die ebenfalls ein Regime aufgebaut hatten, keine Demokratie. Die auf Verbote zurückgriffen und falls diese engmaschigen Grenzen nicht eingehalten wurden, auch auf Gewalt.

Das sollten die Leute erkennen und sie sollten beginnen intensiv darüber nachzudenken.

Also wollte Jahn ihnen einen Spiegel vorhalten.

Er wollte zeigen in welche Fußstapfen die Spitze der DDR trat.

Also schminkte er sich sein Gesicht auf extreme Weise. Die eine Gesichtshälfte zeigte in bräunlichem Farbton das Gesicht Hitlers, die andere Hälfte stellte grünlich-schimmernd Stalin dar.

In diesem Aufzug stellte sich Roland Jahn neben die Ehrentribüne, auf welcher die Parteiführung von Jena die Parade abnahm. So nahm auch Jahn quasi den vorbeiziehenden Festzug ab. Als einer aus dem Führungskader. Als Diktator. Auch von dieser Aufmachung entstand ein Foto, welches selbstverständlich wieder als Postkarte die Runde in oppositionellen Kreisen machte.



37

³⁷ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1102>

Mit dieser stummen Aufforderung an die Öffentlichkeit, doch einmal genauer nachzudenken, wem man auf solchen Feierlichkeiten eigentlich zujubelt, hatte Roland Jahn die leitende Ebene der DDR natürlich in eine äußerst unangenehme Situation gebracht.

Und wie Roland Jahn selbst sagte:

„In der DDR ist man verhaftet worden, wenn das Maß voll war!“³⁸

Für das Ministerium für Staatssicherheit war mit Jahns Aktionen am ersten Mai das Maß entschieden voll!

Man wollte diesen Störenfried und Unruhestifter Jahn weg haben von der Straße, wo er jederzeit die Chance hatte, sein aufhetzendes Gedankengut zu verbreiten.

Doch man brauchte eine passende Gelegenheit, um gegen Jahn zuzuschlagen.

Die Stasi wartete auf einen Anlass und mochte es auch nur die kleinste Kleinigkeit sein, die als Vorwand dienen konnte, Jahn aus der Gesellschaft zu entfernen.

Im September 1982, nicht einmal ein halbes Jahr nach Jahns Mai-Aktionen, kam dieser Anlass.

Es war der Jahrestag der Gründung der verbotenen polnischen Gewerkschaft Solidarnosc.

Diese Gewerkschaft entstand 1980 in Polen aus einer Streikbewegung heraus.

³⁸http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html;jsessionid=754A4F75645807B0854345DA12475C1D?play=9896.mp4&preview=9895.jpg

Vor der Gründung verteilten sich die Streiks meist auf lokale Gebiete oder Arbeitsbetriebe.

Doch im Juli wurden im Land die Preise für Fleisch drastisch erhöht, was das Fass zum Überlaufen brachte.

Zusätzlich wurde eine Leitfigur der in den 70ern vorangegangenen Streikbewegung, Anna Walentynowicz, aus ihrer Position als Kranführerin entlassen.

Innerhalb weniger Monate schlossen sich über zehn Millionen Menschen in der Gewerkschaft zusammen.³⁹

Ein gemeinsamer Kampf gegen Unterdrückung und Entscheidungen, die über die Köpfe der Bevölkerung hinweg getroffen wurden.

Eine Entwicklung, die sich auch Jahn für den eigenen Staat wünschte.

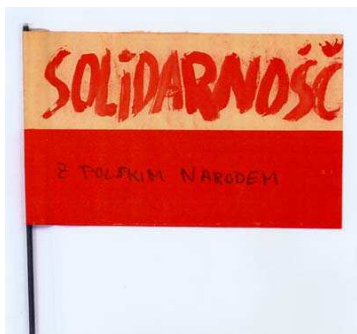
Und so zeigte er seine Verbundenheit, indem er ein kleines Fähnchen an seinem Fahrrad befestigte.

Eine kleine polnische Flagge mit der Aufschrift:

„Solidarnosc
Z Polskim Narodem“

Übersetzt hießen diese Worte: „Solidarität mit dem polnischen Volk“.

³⁹ <http://www.virtualpolen.de/solidarnosc.htm>



40

Und damit lieferte er dem Ministerium für Staatssicherheit den Anlass, auf welchen man dort schon so lange gewartet hatte. Roland Jahn wurde unter dem Vorwurf der Missachtung staatlicher Symbole verhaftet.

Doch in den darauffolgenden Verhören wurde sehr schnell klar, dass es nicht um die kleine Fahne an Jahns Fahrrad ging. Die verhörenden Beamten brachten den Tod Domaschks zur Sprache und meinten, dass dieser mit durch Jahns Einsatz in der DDR und im Westen in den Blick der Öffentlichkeit geraten sei.

Außerdem sei da ja auch noch das unentschuldbare Verhalten Jahns am ersten Mai.

Jahn wusste, was ihn erwartete. Die Regierung wollte an ihm ein Exempel statuieren.

Sein Fall sollte für einen Schauprozess dienen zur Abschreckung an jeden, der es wagte sich gegen die Wege der Staatsführung zu stellen.

⁴⁰ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1286>

Doch man bot ihm einen scheinbaren Ausweg. Allerdings diente diese Ausweichmöglichkeit eher den Zwecken der Stasi. Jahn sollte auswandern. Unauffällig ins Ausland verschwinden, wo er keinen Schaden mehr anrichten konnte.

Die Beamten präsentierten ihm Fotos von Freunden – aufgenommen in Paris und in größter Zufriedenheit. Sogar seine Freundin Petra Falkenberg habe schon auf diese Möglichkeit zurückgegriffen.

Doch die Fotos zeigten Trugbilder. Die angeblich abgewanderten Freunde im neuen schönen Leben – alles Lügen, um einen unerwünschten Schandfleck in der Gesellschaft zu entfernen. Und man setzte Jahn unter Druck. Die Beamten ließen ihn wissen, dass ein kleiner Oppositioneller wie er, ohne den Schutz einer größeren Gruppe, gegen der Vormachtstellung der Staatssicherheit völlig ausgeliefert war.

Nach seiner Inhaftierung wurde Jahn mehrere Tage lang über Stunden verhört.

Ein Beamter setzte sich ihm gegenüber und sagte Jahn ganz klar und deutlich ins Gesicht, wie seine Situation aussah und welche Möglichkeiten ihm blieben – nämlich gar keine.

„Sehen Sie Herr Jahn – es geht nicht darum, wer
Recht hat und auf wessen Seite die Gesetze sind!
Es geht darum, wer die Macht hat! Und die haben
wir – im Interesse der Arbeiterklasse!“⁴¹

⁴¹ Äußerung eines Gefängnismitarbeiters im Verhör mit Jahn;
http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html;jsessionid=8711B908243901D7170A776E383793F9?play=9896.mp4&preview=9895.jpg

Und die Methoden wirkten. Jahn war schließlich psychisch so zermürbt, dass er einen Ausreiseantrag unterschrieb!

Doch um den anstehenden Prozess und die Inhaftierung kam Roland Jahn nicht herum.

Auch wenn es stets das Ziel der Stasi war, unerwünschte Störenfriede so schnell wie möglich aus der DDR hinauszubefördern, so waren doch zahlreiche bürokratische und organisatorische Schritte zu bewältigen, bevor ein Oppositioneller endlich über die Grenze gebracht werden konnte.

Und auch wenn die Stasi das Ziel erreicht hatte, die gewünschte Unterschrift unter dem Ausreiseantrag zu sehen, so nahm man doch nicht die Härte und Unnachgiebigkeit aus dem gerichtlichen Verfahren. Immerhin sah die Öffentlichkeit zu und die sollte ihre Lehren aus dem Prozess ziehen.

Im Prozessverlauf konfrontierte man Jahn auch schon mit belastenden Beweisen aus seinen Anfangszeiten in der Opposition.

Mitarbeiter der Staatssicherheit hatten seine Wohnung durchsucht und dabei auch früh entstandene Postkarten gefunden wie zum Beispiel die Karte „Bildungsverbot“.

All dies wurde Jahn jetzt vorgeworfen und führte schließlich zu einem Urteil von 18 Monaten Freiheitsstrafe wegen „öffentlicher Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ und „Missachtung staatlicher Symbole“:

§ 220

Öffentliche Herabwürdigung

“(1) Wer in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Maßnahmen herabwürdigt, wird mit

Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer Schriften, Gegenstände oder Symbole, die geeignet sind, die staatliche oder öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen, das sozialistische Zusammenleben zu stören oder die staatliche oder gesellschaftliche Ordnung verächtlich zu machen, verbreitet oder in sonstiger Weise anderen zugänglich macht.

(3) Ebenso wird bestraft, wer in der Öffentlichkeit Äußerungen faschistischen, rassistischen, militaristischen oder revanchistischen Charakters kundtut oder Symbole dieses Charakters verwendet, verbreitet oder anbringt.

(4) Wer als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik die Tat nach Absatz 1 oder 3 im Ausland begeht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft.⁴²

§ 222.

Missachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole

„Wer in der Öffentlichkeit die Staatsflagge, das Staatswappen oder andere staatliche oder staatlich anerkannte Symbole der Deutschen Demokratischen Republik, Symbole der gesellschaftli-

⁴² Das Strafgesetzbuch der DDR 1984, § 220, „öffentliche Herabwürdigung“

chen Organisationen oder Symbole anderer Staaten böswillig zerstört, beschädigt, wegnimmt oder in anderer Weise verächtlich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.“⁴³

Doch aus den 18 Monaten sollten nur 6 in Gefangenschaft werden.

Denn Jahns Verhaftung und seine Verurteilung löste eine Protestwelle in den oppositionellen Kreisen aus.

Man organisierte Mahnwachen und Demonstrationen.

Von vielen Aktionen bekam Jahn gar nichts mit. Denn er war in Isolationshaft von der Außenwelt abgeschottet.

Am 14. November 1982 zum Beispiel organisierten die Mitglieder der Friedensgemeinschaft Jena auf dem Jenaer Platz der Kosmonauten eine Schweigedemonstration.

⁴³ Das Strafgesetzbuch der DDR 1968 , § 222 „Missachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole“



44

Das große Leitmotto dieser Aktion war die Forderung nach Frieden, aber gleichzeitig diente sie auch als Demonstration für die inhaftierten Freunde Manfred Hildebrandt, Roland Jahn und Ingo Günther.

Trotz der offensichtlichen Anwesenheit der Stasi, die genau protokollierte, wer wann und wie an der Versammlung teilnahm, versammelten sich etwa 80 Menschen mit Plakaten. Eine öffentliche Friedensgedenkminute zum Heiligen Abend 1982 konnte die Staatssicherheit aber doch verhindern, indem sie die Innenstadt weiträumig abspernte.

Doch die hartnäckigen Proteste zeigten Wirkung.

Jahn wurde entlassen. Die Demonstrationen sorgten einfach für zuviel Aufmerksamkeit in der Bevölkerung. Damit fügte sich die Stasi mehr Schaden zu, als sie durch einen inhaftierten Roland Jahn vermeiden konnte.⁴⁵

⁴⁴ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2143>

⁴⁵

[http://www.welt.de/politik/article2074432/Die tragische Geschichte des Roland Jahn.html](http://www.welt.de/politik/article2074432/Die_tragische_Geschichte_des_Roland_Jahn.html)

Die Haft hatte ihre Spuren hinterlassen. Die Monate in Isolationshaft und unter psychischen und physischen Foltermethoden hatten Jahn ausgemergelt und viel Kraft geraubt.



46

Doch Roland Jahns Willen hatte die Staatssicherheit nicht brechen können.

Die Unterstützung und die dadurch erzielte Freilassung waren für Jahn ein Triumph, der ihm neue Kraft gab. Er zog seinen Ausreiseantrag zurück.

Und er kämpfte weiter.

Am 18. März 1983 wollten die Mitglieder der Friedensgemeinschaft mit einer friedlichen Demonstration an die Bombardierung Jenas während des Zweiten Weltkrieges erinnern.

Um eine solche öffentliche Gedenkveranstaltung abhalten zu können, mussten die Oppositionellen einen Antrag auf Genehmigung bei der Stadt stellen.

Doch dieser wurde abgelehnt. Es gäbe schon eine offizielle Kundgebung der Partei hieß es.⁴⁷

⁴⁶ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2722>

„Anordnung des MfS zur Unterbindung der Teilnahme der Friedensgemeinschaft Jena anlässlich des Jahrestages der Bombardierung

BV Gera, Der Leiter

1. Leiter KD/OD u. PZ7
2. Leiter Abr. II, VI, VII, VIII, XI, XV, XVIII, XIX, XX, AG XXI, AKG, AGG, BKG, M, 26

Gera, 09.03.83

Von feindlich-negativen Kräften aus Jena wurde bei der VP beantragt, am Samstag, dem 19.03.1983 in der Zeit von 15.00 bis 15.30 Uhr auf dem Markt in Jena aus Anlaß der Wiederkehr der Tage der Bombardierung im März 1945 eine Kundgebung durchzuführen.

Diese provokatorische Veranstaltung wird u.a. nicht genehmigt, weil am Freitag, dem 18.03.83 eine staatlich organisierte Großveranstaltung aus gleichem Anlaß stattfindet.

Da zu erwarten ist, daß die feindlichen Kräfte

⁴⁷http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html;jsessionid=62DFB33B270AA344C2E4B827453AED_A6?play=9898.mp4&preview=9897.jpg

bereits Gleichgesinnte auch aus anderen Kreisen zur Teilnahme ihrer geplanten Veranstaltung mobilisieren und auch bei Ablehnung diesen vermutlich gesteuerten Test auf ihre aus der neuen Situation ergebenden Möglichkeiten durchführen werden,

weise ich an:

1.

Bei Bekanntwerden von derartigen Absichten zur Teilnahme von Personen Ihres Verantwortungsbereiches sind wirksame Maßnahmen zur Verhinderung einzuleiten;

2.

Von allen diesbezüglichen Informationen ist sofort mein Stellvertreter Operativ, Gen. OSL Seidel schriftlich/fernschriftlich zu informieren.

(Unterschrift)

Lehmann

Generalmajor⁴⁸

Also entschieden sich die Mitglieder der Friedensgemeinschaft auf eine eigene Demonstration zu verzichten und sich stattdessen unter die Demonstranten der offiziellen Veranstaltung zu mischen.

Roland Jahn und seine Mitstreiter traten mit Plakaten auf, die sich zum Großteil mit Parolen wie zum Beispiel „Frieden schaf-

⁴⁸ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2751>

fen ohne Waffen“ oder „Schwerter zu Pflugscharen“ gegen Militarismus stellten.



Roland Jahn auf der Demonstration vom 18. März 1983

Wieder ein klares Auftreten gegen die staatliche Politik, die nicht mit Friedenspolitik gleichzusetzen war. Die Friedensgemeinschaft wusste natürlich, dass die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit versuchen würden, ihren Auftritt mit allen Mitteln zu verhindern. Und so sorgten sie dafür, dass Fotografen vor Ort waren, die das Vorgehen der Stasi dokumentierten. Die Stasi versuchte, die Oppositionellen gewaltsam abzudrängen, zeriss ihre Plakate und Spruchbänder und trampelte diese zu Boden.

⁴⁹ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=565>

Doch all dies wurde in Bildern festgehalten. Diese Bilder wurden als Flugblätter in der DDR verbreitet, aber auch parallel in den Westen geschmuggelt, wo sie veröffentlicht wurden.⁵⁰

Und die Demonstranten schrieben ihre Erfahrungen und ihre Enttäuschung in einem offenen Brief an den Zentralrat der FDJ und den Friedensrat der DDR nieder.

„Offener Brief der Friedensgemeinschaft Jena an den Zentralrat der FDJ und den Friedensrat der DDR

Am Donnerstag, den 19.5.1983, beteiligten wir uns, die Jenaer Friedensgemeinschaft, an der Friedensmanifestation zum Pfingsttreffen der Jugend auf dem Platz der Kosmonauten zu Jena. Nach unseren Erfahrungen vom 18. und 19. März 1983 war der Weg dorthin nicht ohne Angst und Sorge vor der Gewalt gegenüber unserem ehrlichen Friedensengagement. Unsere Befürchtungen wurden durch zahlreiche Verleumdungen und Diskriminierungen unserer Ziele und Gedanken genährt. Als Beispiel möchten wir hier nur die Äußerungen des Herrn Wogatzki auf der internationalen Schriftstellerkonferenz in Berlin-West nennen.

Die Friedensgemeinschaft begab sich mit den Losungen „Ohne Frieden keine Zukunft“, „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Verzichtet auf Gewalt“ zu der Kundgebung. Mitglieder der FDJ verteilten

⁵⁰ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=4>

Flugblätter und über Lautsprecher wurde gegen die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ agitiert. Wir wurden zur Diskussion eingeladen. Doch die Art und Weise entsprach nicht der eines offen und ehrlich geführten Dialogs. Warum wurde ständig mit überdimensionalen Plakaten versucht, die unseren zu verdecken und abzudrängen ?

Warum wurde die Möglichkeit, am Mikrophon zu sprechen, gestört und dann gar abrupt unterbunden ? Warum fanden sich wieder Personen, die gewaltsam gegen Freunde unserer Gemeinschaft vorgingen und die unsere Plakate mit den oben genannten Losungen aufs Neue zerfetzten ?

Wir wissen von der Unterschiedlichkeit der Meinungen in Einzelfragen und sehen die unbedingte Notwendigkeit einer Dialogführung, „denn nur durch die Vereinigung aller Kräfte, unabhängig von ihrer politischen Bindung, ihrer weltanschaulichen Haltung und ihres religiösen Bekenntnisses kann die Gefahr eines dritten, die gesamte Menschheit vernichtenden Weltkrieges für immer von den Völkern abgewendet werden“ (aus dem Aufruf der Jugend in Potsdam). Unter diesem Gesichtspunkt sehen wir die Diskussionen, die trotz der oben genannten Behinderung unseres Auftretens stattfanden, als einen ersten Schritt eines Prozesses in Richtung eines gemeinsamen Handelns an. Diese Gespräche mit Arbeitern und FDJ-lern auf dem Platz der Kosmonauten zu Jena zeigten uns das Interesse der Jugendlichen und die Notwendigkeit der gedanklichen Auseinandersetzung im Kampf für den Frieden.

Das Einbringen unserer Gedanken und Impulse in die Friedensbewegung sehen wir als selbstverständlich und notwendig an. Doch leider kommt es wiederholt zur Konfrontation mit der Realität, wie z.B. der wachsenden Militarisierung des Lebens und der staatlichen Willkür gegen Personen pazifistischer Gesinnung.

Die Verhinderung eines Krieges kann nicht durch die Vorbereitung auf diesen geschehen, sondern nur durch eine Erziehung zum Frieden, den wir als ein Leben in freier Verantwortung in Gemeinschaft, in welcher die menschliche Würde und die Persönlichkeit eines jeden Einzelnen geachtet wird, verstehen.

Das bisherige widersprüchliche Verhalten der staatlichen Organe im Umgang mit für den Frieden engagierten Menschen stellt die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR in der internationalen Öffentlichkeit in Frage. Dies kann nur denen dienlich sein, die die Hochrüstung weiter vorantreiben wollen und die Menschheit der Gefahr eines nuklearen Infernos aussetzen.

Angesichts dessen fordern wir, daß das Engagement von um Frieden und Entspannung bemühter Menschen nicht nur nicht behindert, sondern in jeder nur möglichen Weise gefördert und ermutigt wird, so wie es der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, E. Honecker, in seinem Brief an Frau Kelly am 13.5.1983 zusicherte.

Wir sind am Gedankenaustausch über die Prob-

leme des Friedens interessiert und bitten diesbezüglich um eine Beantwortung dieses Schreibens.

„Das Gebot der Stunde für alle Völker ist, Schwerter in Pflugscharen umzuschmieden!“

(Radio Moskau vom 13.5.1982, 21.00 Uhr)

Jena, den 24. Mai 1983

Friedensgemeinschaft Jena⁵¹

Worte, die auf taube Ohren stießen. Jedoch nicht ohne Folgen blieben.

Zwei Monate nach der Demonstration zur Erinnerung an die Bombardierung startete das Ministerium für Staatssicherheit die Aktion „Gegenschlag“

Eine Welle von Verhaftungen und Verhören beginnt.

Innerhalb von nur drei Tagen wurden 40 Oppositionelle in den Westen abgeschoben.

Übersiedlungsanträge von Aktivisten, die bisher blockiert wurden, sind plötzlich genehmigt.

Ereignisse, die schockierten, aber Roland Jahn nicht davon abbringen konnten, weiter für seine Meinung einzustehen.

Einen Tag nach Beginn der Aktion Gegenschlag beteiligten sich Mitglieder der Friedensgemeinschaft Jena an einer offiziell von der FDJ organisierten Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss.

⁵¹ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2752>

Sie brachten wieder eigene Plakate mit gegen die Aufrüstung im Osten.

Hier gelang es Roland Jahn, kurz hinters Rednermikrofon zu steigen. Vor Tausenden FDJlern formulierte er laut und deutlich seinen Protest gegen die Aufrüstung im Osten und die Militarisierung der Gesellschaft.⁵²

Und mit jeder dieser waghalsigen Aktionen gelangte Roland Jahn mehr und mehr in den Fokus der Staatssicherheit.

Jahn ahnte zu diesem Zeitpunkt nicht, dass seine Zeit in der Heimat DDR nur noch sehr begrenzt war.

⁵² <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2348>

2.3 Die Methodik des Ministeriums für Staatssicherheit

*„Menschlich fühl ich mich verbunden
mit den armen Stasi-Hunden
die bei Schnee und Regengüssen
mühsam auf mich achten müssen
die ein Mikrophon einbauten
um zu hören all die lauten
Lieder, Witze, leisen Flüche
auf dem Klo und in der Küche
- Brüder von der Sicherheit
ihr allein kennt all mein Leid“⁵³*

Das wichtigste Instrument des Ministeriums für Staatssicherheit waren natürlich die Mitarbeiter, welche die Bürger der Gesellschaft überwachten und ausspionierten, die auch nur im Geringsten im Verdacht standen, gegen die vorhandene Ordnung zu agieren.

Die zuletzt gültige Richtlinie 1/79 für IM- Arbeit sprach von Inoffiziellen Mitarbeiter sogar als „Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind“

Um diese umfangreiche Aufgabe genügend zu erfüllen, wurden seit der Gründung des Organs im rasanten Tempo neue Mitarbeiter angeworben.

Die Anforderungen an einen guten Stasi-Mitarbeiter beschrieb Dieter Glatzer, der Vorsitzende des Staatlichen Fernsehkomitee

⁵³ „Die Stasiballade“ von Wolf Biermann aus CD „Wolf Biermann – Lieder vom preussischen Ikarus“, Label Altona, 1999, CD1 Track 15

tees 1985 dem Medienwissenschaftler Peter Hoff mit folgenden Worten:

„Unsere Mitarbeiter müssen nicht unbedingt alle in der Normannenstraße (dem Hauptquartier des MfS in Berlin) arbeiten, sie müssen aber jederzeit dort angestellt werden können.“⁵⁴

Und das hieß nichts anderes als vollkommene Linientreue und Ergebenheit gegenüber dem System.

Die Mitarbeiter hatten oft genug sogar die Aufgabe eigene Kollegen, Freunde oder sogar die eigene Familie auszuspiönieren und sie bei unerwünschten Vorkommnissen der Staatssicherheit auszuliefern.

Und das Ministerium fand die Menschen, die sich zu diesen Tätigkeiten bereit erklärten – in dem Glauben damit dem eigenen Staat und dem Sozialismus einen guten und notwendigen Dienst zu leisten.

Bereits 1953 verfügte das neue Regierungsorgan über 10 000 Mitarbeiter.

Dieser Bestand übertraf sogar schon den der Gestapo zu Vorkriegszeiten.

In den folgenden sechs Jahren wuchs die Mitarbeiterzahl jährlich um 1000 Mann.

Doch diese schnelle Aufstockung der Mitarbeiter brachte auch Nachteile mit sich.

Es fehlte die Zeit, um die neuen Kräfte richtig zu schulen und auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten. So mangelte es schließlich einigen Mitarbeitern schon an banalen Grundkennt-

⁵⁴ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 90

nissen wie der richtigen Protokollierung von Vorgängen und Arbeitsschritten.

Und genauso schnell wie die Zahl der festen Mitarbeiter des Ministeriums wuchs auch die Zahl der Informanten.

In den Jahren von 1950 bis 1952 warb das MfS 30 000 Menschen als sogenannte Gis, als Geheime Informatoren an.

Das Ziel war, diese Entwicklung so erfolgreich fortzuführen, dass in zehn Jahren jeder zweite DDR-Bürger als Informant dienen sollte.

Doch diese Prognose sollte sich nicht erfüllen. Vielen Menschen fehlte doch der nötige Einsatzwille und die Skrupellosigkeit, um eine solche Tätigkeit auszuführen.

Es meldeten sich zum Beispiel bis 1961 1500 Menschen bei den Freiheitlichen Juristen, welche durch das MfS verpflichtet werden sollten, aber nicht bereit waren, diesen Weg einzuschlagen. Das warf natürlich ein negatives Licht auf das Image der Staatssicherheit und gefährdete die weitere Gewinnung von neuen Mitgliedern.

Also schränkte man die aggressive Anwerbung etwas ein. So wurden 1957 nur noch 15 000 neue Informanten verpflichtet, statt wie im Vorjahr 30 000.⁵⁵

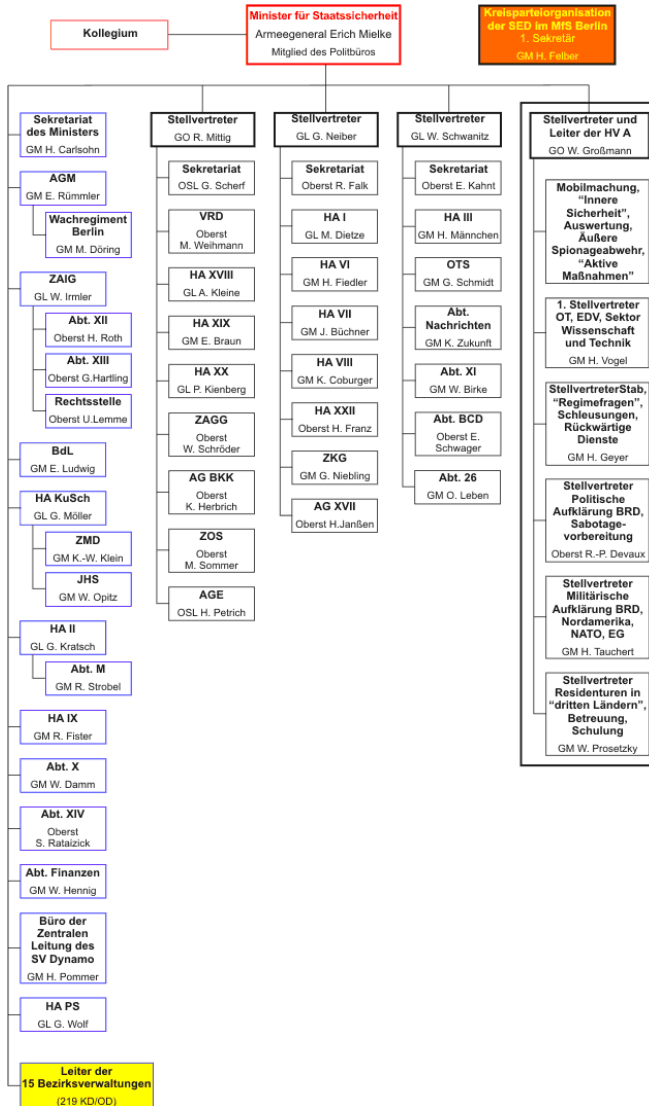
Trotz dieser Einschränkung verdoppelte das MfS seinen Personalbestand bis Anfang der achtziger Jahre aller zehn Jahre. Kurz vor der Wende verfügte das Organ über 91 015 Arbeitskräfte, darunter: 71 233 reguläre Mitarbeiter, 2 232 Offiziere im besonderen Einsatz, 2 118 Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter, 143 sogenannte Unbekannte Mitarbeiter, 185 Zivilbeschäftigte, 13 073 Zeitsoldaten und 2 031 zeitweilig freigestellte Mitarbeiter.

⁵⁵ Jens Gieseke: „Der Mielke-Konzern: Die Geschichte der Stasi von 1945.1990“, Deutsche Verlags-Anstalt, 2006, S. 54 ff.

Damit kamen auf einen MfS- Mitarbeiter im Durchschnitt etwa 180 zu überwachende DDR-Bürger.⁵⁶

Diese Mitarbeiter waren auf unterschiedliche Abteilungen aufgeteilt, wobei jede ein bestimmtes Fachgebiet abdeckte.⁵⁷

⁵⁶ Jens Gieseke: „Der Mielke-Konzern: Die Geschichte der Stasi von 1945.1990“, Deutsche Verlags-Anstalt, 2006, S. 70



Insgesamt waren also etwa 35 einzelne Abteilungen mit Unterabteilungen und jeweiligem Vorsitzenden im Ministerium vertreten.⁵⁸

Das Ministerium für Sicherheit war übrigens genauso gut über die Fläche der DDR aufgeteilt, wie auch die Abteilung Agitation.

Der Hauptsitz befand sich natürlich in Berlin. Und in jeder größeren Kreisstadt der DDR war das MfS mit einem Nebensitz stationiert.

Einige dieser Abteilungen, deren Einfluss Roland Jahn persönlich zu spüren bekam, möchte ich noch einmal genauer erwähnen.

Die Abteilung 26 hatte ihre Ohren überall. 435 Mitarbeiter waren für eine Vielzahl unterschiedlicher Überwachungswege zuständig.

Zunächst arbeitete diese Abteilung eng mit den Bezirksdirektionen Deutschen Post zusammen. Ziel war die Überwachung des Postverkehrs gemäß der „Gemeinsamen Anweisung zur Regelung der Überwachung und Aufnahme des Fernmeldeverkehrs gemäß § 115 StPO“ vom 18.12.1979.

Somit war es diese Abteilung, welche die Briefe und Postkarten mit gesellschaftskritischen Inhalten, die Roland Jahn in seiner oppositionellen Anfangszeit noch über den Weg der Deutschen Post versandte, stets als erste in den Händen hielt. Durch sie geriet Jahn in den Blickpunkt des MfS.

Weitere Aufgaben waren der auftragsgebundene konspirative Einsatz operativ-technischer Mittel und Methoden im Innern

58

http://www.bstu.bund.de/nn_712108/DE/MfS-DDR-Geschichte/Grundwissen/Struktur-und-Aufgaben-des-MfS/struktur-und-aufgaben-des-mfs_node.html_nnn=true

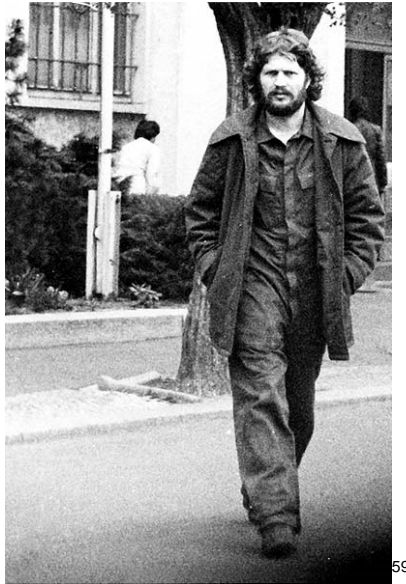
der DDR, sowie die Telefonüberwachung von Teilnehmern des Fernsprechkverkehrs der Deutschen Post und anderer drahtgebundener Nachrichtensysteme (der sogenannte Auftrag A). Auch in Jahns Wohnung wurde später das Telefon überwacht. Um seine Aktivitäten auszukundschaften oder eventuell auf seine Kontakte innerhalb der oppositionellen Szene aufmerksam zu werden.

Die Abteilung 25 übernahm auch die Überwachung von Telex-, Einzelanschlüssen und Standverbindungen im Fernschreibverkehr (der sogenannte Auftrag T) und die akustische Überwachung in geschlossenen und von begrenzten freien Räumen (der sogenannte Auftrag B).

Dazu kam die optische und elektronische Beobachtung und Dokumentation vorwiegend in Räumen (der sogenannte Auftrag D).

Auch Roland Jahns Wohnung wurde gerade in der Phase vor seiner Ausbürgerung durchgehend bewacht.

Zum einen um eine mögliche Flucht zu Freunden in den Untergrund zu vermeiden und zum anderen um soviel belastendes Material gegen Jahn zu sammeln wie möglich.



Observationsfoto von der Stasi aus dem April 1982

Zu den weiteren Tätigkeitsfeldern der Abteilung zählte auch der Einsatz spezieller sicherungstechnischer Einrichtungen und chemischer Markierungsmittel (der sogenannte Auftrag S) und die Erarbeitung und Bereitstellung authentischer Informationen im Zusammenhang mit Operativen Vorgängen (OV) und Operativen Personenkontrollen (OPK) und zur Unterstützung anderer operativer Maßnahmen und Prozesse, wie die durchgängige Bewachung von Roland Jahn.

⁵⁹ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1106>

Außerdem verfolgte die Abteilung 26 den Auftrag des „Erkennens und Aufklären vom Feind eingesetzter Raumüberwachungsmittel sowie von Abstrahlungen an wichtigen Objekten und Einrichtungen im Innern der DDR und in festgelegten Auslandsvertretungen der DDR“ (der sogenannte Auftrag X) und des konspiratives Eindringens in Objekte wie Anlagen, Wohnungen, Büros, Hotels, Fahrzeuge und ähnliches so zum Beispiel auch Roland Jahns Wohnung.⁶⁰

Eine weitere Abteilung, die ebenfalls mit der Überwachung Roland Jahns zu tun hatte, war die Abteilung M des Ministeriums für Staatssicherheit.

Die Abteilung übernahm die Kontrolle und Auswertung der internationalen und nationalen Postsendungen wie Brief- und Paketsendungen oder auch den Telegrammverkehr.

So musste Jahn jedes Mal, wenn er Fotos oder Artikel in den Westen schmuggelte, um sie dort in die Medien zu bringen, befürchten, dass diese Aktionen durch die Mitarbeiter der Abteilung M aufgedeckt wurden.

Die Mitarbeiter hatten das Ziel, bei Verdächtigen geheimdienstliche oder andere Verbindungen zu staatsfeindlichen Personen aufzudecken und Hinweisen nachzugehen, die darauf hindeuteten, dass Verratshandlungen geplant wurden.

Hierzu zählten natürlich auch die Protestaktionen von oppositionellen Gruppen wie der Friedensgemeinschaft Jena.

Es sollte verhindert werden, dass Material mit „Staatsfeindlichem Inhalt“ in der Öffentlichkeit verbreitet werden konnte. Ein Vorwurf, der auch Roland Jahn gemacht wurde, als man in seiner Wohnung die Postkarten fand, auf welchen er sich die Bildungsverbot-Banderole über den Mund geklebt hatte.

⁶⁰ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=3164>

In dieser Abteilung wurden die Fakten über Einstellungen, Verhaltensweisen, Kontakte und Verbindungen von Personen und über Sachverhalte, die für die operative Arbeit des MfS von Bedeutung waren, beziehungsweise hätten sein können, zusammengetragen.

Alles wurde in einem umfangreichen Schriftenspeicher gebündelt und parallel wurden spezielle Adressenkarteien über verdächtige Personen angelegt.⁶¹

Wenn solche Verdachtsmomente auftraten und genügend belastende Anhaltspunkte gegen eine Person vorlagen, begann der Einsatz der Abteilung XII.

Diese Abteilung führte die zentrale Personenkartei des MfS. Wer war wann und durch was aufgefallen und mit welchen anderen verdächtigen Personen bestand ein Zusammenhang. Die Abteilung war zuständig für die Erfassung und Überprüfung solcher Personen und Objekte.

Wenn sich Ereignisse häuften, die sich gegen das System der DDR richteten, leitete man hier die Operativen Vorgänge in die Wege und führte darüber die Akten.

Auf diese konnte dann jede andere Ebene des Ministeriums zurückgreifen, um sich die nötigen Informationen für die eigenen Arbeitsschritte anzueignen.⁶²

Oft wurden diese Schritte nicht einmal unter den einzelnen Abteilungen abgesprochen, sodass der Arbeitsprozess im Ministerium mit der Zeit immer unkoordinierter und chaotischer wurde.

⁶¹ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=3163>

⁶² <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=3593>

Dass heißt, hier wurde das erste Mal der Befehl herausgegeben, Roland Jahn unter Beobachtung zu setzen, seine Wohnung anzupapfen und sein Umfeld genauestens auszukundschaften.

Bei Personen, die durch ihren Protest nur minimalen Schaden anrichten konnte, beließ man es meist bei der Zuständigkeit innerhalb der Abteilung XII.

Wurde die Gefahr einer nachhaltigen Beeinflussung der Öffentlichkeit aber größer, so wie bei Roland Jahn, der durch seinen gezielten Einsatz stets größere Menschenmengen erreichen wollte, so übernahm die Arbeitsgruppe des Ministers des Ministeriums für Staatssicherheit das weitere Vorgehen.

Die Aufgaben dieser Ebene waren breitgefächert.

So übernahm sie zum Beispiel die Verantwortung für alle Aufgaben der Mobilmachungsarbeit und -planung im Ministeriums für Staatssicherheit. Dass heißt, hier wurde angeordnet wo in der DDR Schutzbauten von zentraler Bedeutung entstehen und wie diese gewartet werden sollten.

Aber in das Tätigkeitsfeld der Arbeitsgruppe fiel auch die Vorbereitung "spezifisch-operativer Maßnahmen" einschließlich der Planungen von Verhaftungen, Internierungen und Isolierungen. Der Befehl, Roland Jahn im Gefängnis 6 Monate lang von anderen Menschen, von der gesamten Außenwelt durch Isolationshaft abzuschotten, kam von hier.

Außerdem übernahm die Arbeitsgruppe auch die Erarbeitung und Bereitstellung von Dokumenten zur Unterstützung der Tätigkeit des Ministers im Nationalen Verteidigungsrat und bis 1988 wurden hier Spezialkräfte für Sondereinsätze ausgebildet und in den Einsatz geschickt.⁶³

⁶³ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=3595>

Jede Abteilung hatte somit ihre eigens zugeteilten Aufgabengebiete. Doch durch alle Abteilungen zog sich wie durch das gesamte Regierungssystem der DDR derselbe rote Faden – Kontrolle!

Und natürlich warf man auch im Ministerium für Sicherheit einen besonders skeptischen Blick in die Medienwelt. Denn von wo aus könnten gefährliche Botschaften schneller in die Gesellschaft gelangen als von dort?!

Die SED nutzte die Staatssicherheit in zweifacher Hinsicht zur Absicherung ihrer Medienpolitik.

Zum Einen zur ausführlichen Selbstdarstellung des Staatsapparates als eine stets sichere Führungskraft, in welche die Bevölkerung all ihr Vertrauen und Wohlwollen setzen konnte. Damit diese Darstellung auch immer in dem rechten strahlenden Licht erfolgte, diente das MfS ebenfalls zur „politisch-operativen“ Sicherung der Redaktionen, Druckereien und Funkhäuser.

Die Abteilung Agitation zensierte das geschriebene und gesprochene Wort und sollte die Vertreter der Presse zu staatstreuen Dienern formen.

Doch das MfS sorgte dafür, dass kein Fehltritt übersehen wurde und kontrollierte durch Überwachung, ob der Journalist wirklich zu dem linientreuen Handwerk der SED geworden war, welches für die Propaganda der DDR benötigt wurde.

Diese Kontrolle funktionierte durch offizielle Arbeitskontakte zur jeweiligen Kader-, Verwaltungs- und Sicherheitsabteilung und durch haupt- und nebenamtliche Spitzel in den Sendern und Redaktionen.

Für die Überwachung der Medien waren vor allem drei Abteilungen des Ministeriums hauptsächlich zuständig.

Die Hauptbefehle und Anordnungen kamen natürlich stets vom „Hirn“ des MfS – der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, kurz ZAIG.

Die Presse-, Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit des MfS übernahm zunächst nur der Bereich 6.

Doch innerhalb dieses Bereiches entstand die Arbeitsgruppe 3, welche sich ausschließlich um die Medienarbeit kümmerte und eine inoffizielle Pressestelle führte.

Dabei übernahm diese Arbeitsgruppe folgende Aufgaben:

Sie organisierte das Zusammenwirken mit der zentralen Presse, mit dem Fernsehen und dem Rundfunk, die Regionalprogramme ausgenommen, sowie mit dem Film und den Verlagen zur Realisierung von Aufgaben und Anweisungen des MfS mit sicherheitspolitischem Inhalt.

Sie übernahm die Vorbereitung von Meldungsentwürfen mit sicherheitspolitischem Inhalt, welche dann an die Medien zur Veröffentlichung weitergeleitet wurden.

Und in den Aufgabenbereich fiel außerdem die Konzipierung, Aufarbeitung und Bereitstellung von auswertbaren Materialien für Medienprojekte in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe des Bereiches 6 und zusätzlich die Fachberatung, Begutachtung und Unterstützung der Medien in bezug auf deren beabsichtigte Vorhaben mit sicherheitspolitischer Thematik. Dabei galt natürlich das gleiche Prinzip der Empfehlungen, welche die Abteilung Agitation an die Medien gab. Wer sich nicht an die gegebenen Ratschläge hielt, galt sofort als verdächtiges staatsfeindliches Objekt.⁶⁴

⁶⁴ Roland Wiedmann: „Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. In: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden (MfS- Handbuch). Hrsg. vom BstU, Berlin 1995, S. 52

Um alle Redaktionen mit genügend Spitzeln besetzen zu können, mussten natürlich regelmäßig neue Inoffizielle Mitarbeiter rekrutiert werden.

Dies geschah zum Beispiel durch Foren, Vorträge, Ausstellungen, wehrpolitische Kabinette und Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Darstellungen in der Presse, in wissenschaftlichen Zeitschriften, Broschüren, Büchern, Filmen, im Rundfunk und Fernsehen, Zusammenwirken und fachliche Beratung entsprechender Dienststellen des MfS mit Journalisten, Wissenschaftlern und Künstlern, die in ihrer Arbeit Probleme des MfS abhandelten.

Schon in diesen Veranstaltungen wurde klar, wer im Zentrum der Überwachung stehen sollte.

Mitarbeiter des Rundfunks und des Fernsehens, die auf den politischen Inhalt der Programme maßgeblichen Einfluss nehmen konnten, mussten ständig kontrolliert werden.

Außerdem sollten technische Mitarbeiter unter Beobachtung stehen, denn sie hatten die Gelegenheit durch bewusstes Handeln oder Unterlassen dieses Handelns sendetechnische Störungen herbeizuführen.

Dann natürlich die Journalisten und Redakteure der Tages- und Wochenzeitungen, Illustrierten und Fachzeitschriften, der Presseorgane der Blockparteien, der Massenorganisationen sowie der Betriebszeitungen.

Ebenso sollten die Lehrkräfte an Journalistenausbildungsstätten und Studenten der Sektion für Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig und in der Fachschule für Journalistik des Verbandes der Journalisten der DDR kontrolliert werden, ob sie den Journalisten von morgen auch die richtigen, regelkonformen Werte beibrachten.

Und die Journalisten im Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates, im Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst und die Bildjournalisten hatten genauso einer dauerhaften Beobachtung zu unterstehen.

Die IM mussten bestimmte Voraussetzungen erfüllen, um in das jeweilige Arbeitsumfeld der Journalisten eingeschleust zu werden.

Sie mussten stets ihr oberstes Ziel vor Augen behalten, den verbrecherischen und friedensgefährdenden Charakter der Redaktionsmitglieder sowie deren Pläne, Absichten, Mittel und Methoden bloßzulegen. Das hieß auch, dass der IM in der Lage sein musste, niemals tiefere Bindungen zu den einzelnen Pressevertretern aufzubauen, diese aber trotzdem glaubwürdig vorspielen zu können.

Der Inoffizielle Mitarbeiter sollte unterschwellig die Grundsätze und Vorstellungen der Leitlinien der SED in den Köpfen der Journalisten einpflanzen.

Er sollte die Arbeiterklasse zum Hass und zum Kampf gegen den Imperialismus und seine Geheimdienste erziehen.

Außerdem sollte sich der IM stets bemühen, ein wahrheitsgetreues und politisch-ideologisch richtiges Bild über die Schutz- und Sicherungsfunktion des Ministeriums für Staatssicherheit zu vermitteln. Ein Bild von einem Staatsorgan, dass für den Frieden und die Sicherheit im Sinne des Sozialismus kämpft. Er sollte vor allem das Vertrauensverhältnis der Mitarbeiter zu den Organen des MfS stärken, um damit die Voraussetzungen für eine aktive Zusammenarbeit zwischen dem MfS zu schaffen.⁶⁵

⁶⁵ Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“. Hrsg. von Siegfried Suckut, Berlin 1996, S. 261 f.

Neben den Inoffiziellen Mitarbeitern waren auch sogenannte Volkskorrespondenten als Spitzel in der Medienwelt im Einsatz.

Das waren Freizeitjournalisten, die ihre Beiträge zu Hause verfassten, aber durch die Kontakte zu anderen Pressevertretern in erster Linie als Spion dienten.

Auch an sie wurden bestimmte Anforderungen gestellt. Diese beschreibt Rudi Röhler, ein Mentor der Volkskorrespondenten auf der Volkskorrespondentenkonferenz der „Leipziger Volkszeitung“ am 11. April 1987 mit folgenden Worten:

„Verhaltensweisen in den Arbeitskollektiven nachzuspüren, Motive für das individuelle oder kollektive Handeln freizulegen, Stimmungen und Meinungen wiederzugeben. Er ist das Ohr an der Masse, einer, der täglich das Stimmungsbarometer ablesen kann, die neuesten Fragen und Argumente kennt und auch mit Gerüchten und feindlichen Auffassungen konfrontiert wird.“⁶⁶

Doch seit etwa 1980 sank die Zahl der Korrespondenten stetig ab, weil immer weniger Menschen als „Auge und Ohr“ der Partei dienen wollten.

Falls die IM im Rahmen ihrer Überwachung Fehlritte oder nicht linientreues Verhalten erkannten, wurden Operative Vorgänge und Operative Personenkontrollen eingeleitet oder die Ereignisse wurden durch eine sogenannte „Vorkommnisuntersuchung“ verfolgt.

⁶⁶ Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus, 15. Jg. (1987), Nr. 4, S. 215

In den Berichten über die Vergehen kamen wieder die an die Sprache im Dritten Reich erinnernden Formulierungen zum Einsatz.

So mussten die Feinde des Systems durch „steuern“, „zersetzen“ und schließlich durch „abschalten“ aus der Gesellschaft entfernt werden.

Menschen, die sich in den Westen absetzten, waren mit der „englischen Krankheit“ befallen und wurden der Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten beschuldigt. Sie gehörten dem Nationalismus und Antisowjetismus an und waren nichts weiter als Handlanger des Klassenfeindes.

Ein Beispiel für eine solche Formulierungsweise, die bis zum Ende des Bestehens des Ministeriums erhalten blieb, findet sich in einer Mitteilung über den Intendanten des Berliner Rundfunks Heinz Schmidt vom 18. Oktober 1949:

„Genosse Heinz Schmidt wird wegen nationalistischer Überheblichkeit und englischer Krankheit seiner Funktion enthoben. Die parteimäßige Untersuchung wird der ZPKK (Zentralen Parteikontrollkommission) übertragen. Alle Mitarbeiter des Berliner Rundfunks, die in der englischen Emigration waren, sind zu entlassen. Die Kaderabteilung wird beauftragt, Vorschläge für ihren Einsatz zu unterbreiten. Die Kaderabteilung wird außerdem beauftragt, alle Angestellten im Berliner Rundfunkapparat zu überprüfen.“⁶⁷

⁶⁷ Jens Gieseke: „Der Mielke-Konzern: Die Geschichte der Stasi von 1945.1990“, Deutsche Verlags-Anstalt, 2006, S. 92

Heinz Schmidt musste seinen Posten als Intendant aufgeben. Alle Schritte gegen auffällige Journalisten wurden von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS, sowie von Offizieren im besonderen Einsatz und Gesellschaftlichen Mitarbeitern der Sicherheit durchgeführt.

In den 50er Jahren wurden beschuldigte Journalisten noch oft öffentlich an den Pranger gestellt, z.B. wurden sie auf offiziellen Pressekonferenzen bloßgestellt und mussten sich Wut, Verachtung und Spott unterziehen. Zu dieser Zeit konnten die Strafen sogar bis hin zu körperlicher Peinigung gehen.

Doch das Strafmaß wurde milder.

In den 80ern erfolgten Bestrafungen wie berufliche Degradierung oder Versetzungen, die aber trotzdem gefürchtet waren, weil sie eine Herabsetzung des Betroffenen in seinem beruflichen oder gesellschaftlichen Umfeld mit sich brachten.

Im Rahmen ihrer Methodik unterschied das Ministerium für Sicherheit zwischen den einzelnen Medien, da jedes Medium gezielt verschiedene Zielgruppen erreichen konnte.

Die „Junge Welt“ war für Jugendliche und Studenten ausgelegt, die „Wochenpost“ für Familien und die Zeitschrift „horizont“ für gebildete, intellektuelle Schicht und die parteitreuen Bürger.

Und je nach unterschiedlicher Ausrichtung des Mediums mussten auch verschiedene Arbeitsmethoden eingesetzt werden, um die Mitarbeiter zu kontrollieren und zu formen.

Um einen Überblick zu haben, wo welche Vorgehensweise angewandt werden musste, führte man über alle erschienenen Medienbeiträge penibel Register. Besonders hervorgehoben wurden dabei der Regierungsspitze gegenüber natürlich die mit positiver Propaganda gespickten Erscheinungen.

„ Im Zusammenwirken mit der Presse, einschließlich des Organs des ZK und der SED „Neues Deutschland“, wird die umfangreichste Arbeit des gesamten Spektrums von Medienmaßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit des MfS realisiert. So wurden zwischen dem II. Quartal 1987 und dem I. Quartal 1988 in der Verantwortung der Bezirksverwaltungen 360 Pressebeiträge, vor allem in den Bezirksorganen der Partei und in Betriebszeitungen, sowie 112 auf Initiative des Bereiches 6 der ZAIG in der zentralen Presse bzw. von ADN publiziert. Gemessen an den insgesamt 71 Veröffentlichungen auf Initiative der BV (Bezirksverwaltung) im Jahre 1984 ist somit eine doch beachtliche Steigerung auf das Fünffache zu registrieren. Aus der Analyse der Berichterstattung über geleistete Öffentlichkeitsarbeit in den Jahren zwischen 1984 und 1987 geht hervor, dass 728 Pressebeiträge von den Bezirksverwaltungen initiiert wurden, wobei der Anteil jeder einzelnen außerordentlich unterschiedlich ist und im Extremfall zwischen 189 und 3 liegt. In bezug auf Publikationen in der zentralen Presse trifft dieser Aufwärtstrend gleichermaßen zu.“⁶⁸

In den erschienenen Artikeln musste aber natürlich der Name des MfS möglichst vermieden werden, um den Verdacht einer Einflussnahme zu umgehen. Dasselbe galt für den Schriftverkehr des Presseamtes und des Zentralkomitees.

Um die Kontrolle über die Grenzen der Redaktionen auf die Bevölkerung zu erweitern, arbeitete das Ministerium eng mit den Leserbriefredaktionen zusammen, um kritische Meinungen in den eingesandten Briefen herauszufiltern.

⁶⁸ Jens Gieseke: „Der Mielke-Konzern: Die Geschichte der Stasi von 1945.1990“, Deutsche Verlags-Anstalt, 2006, S. 108 f.

Bei der Kirchenpresse und bei Veröffentlichungen von Bürgerrechtlergruppen oder noch zugelassenen oppositionellen Schriftstellern verzichtete man zum Großteil auf inhaltliche Eingriffe. Zum einen hätte das an diesen Stellen nur massiven Widerstand hervorrufen können und bei Gruppen, die der Kirche unterstanden, war ein Eingreifen sowiso untersagt. Dort beschränkte man sich gezwungenermaßen auf eine „politisch-operative“ Sicherung, also das Einschleusen von Spitzeln.

Diese Spitzel erarbeiteten auch eigene Beiträge, deren Inhalte zur Zersetzung der unerwünschten Gruppierungen beitragen sollte. Oft wurden Gerüchte über die Mitglieder gestreut, die für Zwiespalt und Misstrauen sorgte. Eines der beliebtesten Gerüchte war übrigens die Arbeit als Stasi-Spitzel.

Die Stasi hatte in fast jeder Redaktion ihre Mitarbeiter eingeschleust.

Diese sollten dafür sorgen, dass die wichtigste Voraussetzung der DDR-Regierung an die Medien – absolute Linientreue und die „Schere im Kopf“, welche die Journalisten von selbst jede Kritik aus ihren Beiträgen entfernen und unterschlagen ließ, stets erfüllt wurde.

Das Ministerium blieb bis zum Schluss die wichtigste Waffe der Partei.

Die Staatssicherheit als Schutzschild für das eigene System, an welchem jede anprangernde oder hinterfragende Stimme abprallen sollte.

Und die Staatssicherheit als scharfes Schwert gegen die, die es trotzdem den Versuch wagten, dieses Schild durchbrechen zu wollen.

3. Der Blick auf die andere Seite der Mauer – die Arbeit der Staatssicherheit im Westen

3.1. Roland Jahns Ausbürgerung und sein Neuanfang im Westen

„Nicht, dass ihr denkt, ich hätte einen umgebracht!

Ich will bloß nicht in den Westen!“⁶⁹

Roland Jahn musste weg! Er musste raus aus der DDR und das so schnell wie möglich!

So sah das zumindest die Parteispitze der SED.

Zu oft hatte dieser aufrührerische Störenfried die Führung der DDR angegriffen, zu oft hatte er den Mund aufgerissen und damit riskiert, die Leute auf dumme Gedanken zu bringen und unangenehme Fragen hervorzurufen.

Die Regierung wollte Jahn loswerden.

Aber das musste unauffällig geschehen. Jahn war es zu häufig gelungen, auf Demonstrationen und durch Postkartenaktionen

⁶⁹ Roland Jahn bei seiner Abführung durch die Stasi vor seiner Ausbürgerung,

http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html;jsessionid=86E5AA5C9F1A44D582F42D686B75D3FD?play=9900.mp4&preview=9899.jpg

Aufmerksamkeit zu erregen. Sein Name und sein Gesicht waren bekannt.

Wenn die Staatssicherheit auf einer Demonstration oder anderen öffentlichen Veranstaltung zugeschlagen hätte, dann nur mit dem immensen Risiko damit eine Welle von Protestaktionen auszulösen.

Für die breite Masse sollte es so aussehen, als wenn es Jahns Entscheidung gewesen wäre, zum Westen überzulaufen und in das Land des Feindes zu wechseln.

Doch Ausreiseanträge wurden von Roland Jahn nicht unterschrieben.

Er wollte nicht nach Westdeutschland! Sein Kampf sollte in der DDR stattfinden, in seiner Heimat. Denn in seinen Augen kämpfte er ja nicht gegen, sondern für die DDR, indem er auf die Fehler des Systems aufmerksam machen wollte, um eine Änderung zu erreichen.

Also setzte die Staatssicherheit auf Befehle.

Man bestellte ihn auf aufs Amt und stellte ihn vor die Tatsache, dass er noch an diesem Tag aus der DDR ausreisen würde.

Doch Jahn weigerte sich natürlich.

Also griff die Stasi zu gewaltsamen Mitteln.

Jahn schildert den Tag seiner Ausbürgerung, den 08. Juni 1983, folgendermaßen:

Man hat mich festgenommen und mir die Arme auf dem Rücken verdreht.

Ich wurde dann zu einem Auto geschafft. Mit den Sicherheitsbeamten bin ich zu meinem Haus gefahren und dort bin ich mit ihnen ausgestiegen.

Für einen Moment war ich unbeobachtet und ich bin einfach losgerannt.

Ich bin gerannt, als wenn es um mein Leben geht und ich konnte die Beamten auch tatsächlich abhängen.

Ich bin dann in das Haus einer Freundin rein und in ihre Wohnung.

Ich hab überlegt auf den Balkon rauszugehen und damit zu drohen zu springen.

Aber ich hab mich dagegen entschieden. Ich dachte, die würden mich auch springen lassen. Hauptsache ich bin weg!

Die Beamten sind dann in die Wohnung eingedrungen und haben mir Knebelketten angelegt. Damit haben sie mir komplett die Handgelenke eingeschnürt.

Ich hatte keine Wahl, ich bin mitgegangen. Ich hab die ganze Zeit nur die Schmerzen durch die Ketten gespürt.

Draußen hatte sich ein Auflauf von Menschen gebildet. Ich kann mir vor wie irgendein Krimineller.

Ich rief ihnen zu:

„Nicht, dass ihr denkt ich hätte einen umgebracht!

Ich will bloß nicht in den Westen!“

Die Beamten haben mich dann auf den Bahnhof zum Interzonenzug nach Bayern gebracht.

Ich wurde in den letzten Wagen reingetrieben.

Ich hab mich natürlich gewehrt, aber ich hatte ja nichts als mein Hemd und meine Hose am Körper. Das Hemd ist dann zerrissen.

Dann hat man mir die Ketten abgenommen und in eine Ecke des Waggon gestoßen.

Ich wollte aufstehen, aber da wurde die Tür auch schon zugeschmissen und abgeschlossen.

Ich bin aus diesem Abteil, das war vielleicht 4 Quadratmeter groß, einfach nicht mehr rausgekommen!

Dann ist der Zug losgefahren und ich hab nur auf die Gleise gestarrt und zugeschaut wie die Heimat immer weiter weggetrieben ist. Und dann waren selbst die Umrisse der Grenzzäune verschwunden.

Auf einmal hat der Schaffner an die Tür geklopft und hat mich gefragt, wie ich denn bitte hier rein komme?!“

Als der Schaffner es schaffte, die Abteiltür zu öffnen, war Roland Jahn bereits in der Bundesrepublik.

Die Grenze lag hinter ihm. Was als unüberwindbar galt, hatte Jahn einfach so, ohne den genauen Zeitpunkt zu bemerken hinter sich gelassen.

Die Welt berichtet zum 25. Jahrestag der Ausbürgerung, um an Jahns gewaltsame Vertreibung zu erinnern:

„Morgen vor 25 Jahren kam gegen 3.17 Uhr in der Früh der SED-Kritiker Roland Jahn am fränkischen Kontrollpunkt Ludwigsstadt an. Er saß in einem abgeschlossenen Abteil ganz am Ende des regulären Interzonenzugs. Nur sieben Minuten zuvor hatte ihn ein Kommando von sechs bis acht Mann in Ketten auf den DDR-Kontrollpunkt Probstzella geschleift und ins Abteil gesetzt. Hinter ihm wurde die Tür abgeschlossen, der Schaffner bekam Jahns Papiere in die Hand gedrückt,

darunter ein – immerhin „gebührenfreies“ – Ausreisevisum, und die Anweisung, das Abteil erst jenseits der Grenze zu öffnen. So geschah es, und so kamen die bundesdeutschen Zöllner in die ungewohnte Situation, einen DDR-Bürger im Westen begrüßen zu können, der deklamierte: „Ich bin DDR-Bürger, immer noch!“⁷⁰

Roland Jahn musste in West-Berlin neu beginnen. Doch selbst jetzt, nach seiner gewaltsamen Vertreibung aus der Heimat, dachte Roland Jahn nicht im Geringsten ans Aufgeben.

Er hatte zu lange gekämpft, um einen Fortschritt zu erreichen und die Ausbürgerung, bestätigte nur, dass im System der DDR etwas gründlich falsch lief.

Sein Kampf würde hier im Westen schwerer werden. Denn nun musste sein Widerstand nicht nur die Staatssicherheit überwinden, sondern auch irgendwie über die Mauer gelangen. Aber auch der Westen musste wachgerüttelt werden. Jahn machte die Erfahrung, dass viele Menschen die Probleme in der benachbarten DDR nicht wirklich interessierten.

Roland Jahn hatte das Glück, dass er im Westen auf Freunde und Verbündete traf, welche die DDR bereits freiwillig oder ebenfalls durch Zwang verlassen hatten.

Jürgen Fuchs war einer von ihnen. Mit ihm arbeitete Jahn sehr oft zusammen.⁷¹

70

http://www.welt.de/politik/article2074432/Die_tragische_Geschichte_des_Roland_Jahn.html

⁷¹ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=68>

Roland Jahn wird zu einer bedeutenden Kontaktperson für die oppositionelle Bewegung in der DDR. Er baut sich eine Art private Nachrichtenagentur auf, über welche er wichtige Nachrichten aus der DDR empfängt, aber er liefert genauso Nachrichten auf die andere Seite der Grenze .

Er verschafft seinen Mitstreitern in der DDR einen Überblick über die Lage und Stimmung im Westen, ob nun in politischer oder alltäglicher Hinsicht.

Und Roland Jahn schmuggelt Druckmaschinen, Videokameras, Bücher und Computer über ein Netz aus Kurieren über die Grenze.

Roland Jahn beginnt als freier Journalist für unterschiedliche Medien zu arbeiten.

Aber stets dreht sich seine Arbeit um die Probleme der DDR. Unter anderen ist Jahn für den Rias und die „Tageszeitung“, später für das ARD-Magazin „Kontraste“ tätig.

Doch schreiben reicht Jahn nicht. Er fürchtet auch jetzt nicht die Stasi und das Risiko einer erneuten Verhaftung. So nutzte er bei einem Flug eine Landung auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld, um trotz verhängtem Einreiseverbot einen kurzen Abstecher nach Jena zu machen, bevor er wieder nach West-Berlin zurückkehrte.

Jahn erinnert sich so an diese kurze Wiederkehr in seine Heimat:

"Ich bin mit dem Flugzeug in Schönefeld gelandet und an der Grenze zum Transit nach West-Berlin durchgerutscht. Ich habe mich sofort von einem Freund aus Ost-Berlin nach Jena fahren lassen. Einen Tag später habe ich in Ost-Berlin einen Kreis von Oppositionellen getroffen, die wollten, dass ich wieder nach West-Berlin gehe. Die ha-

ben dann eine gesicherte Ausreise mit Hilfe der Ständigen Vertretung der BRD organisiert.“

Bei dieser Gelegenheit hat Jahn auch eine Kamera mitgeschmuggelt, die er seinem Freund Siegbert Schefke übergibt. Mit dieser Kamera macht Schefke am 9. Oktober 1989 die berühmten Aufnahmen der für die friedliche Revolution in der DDR entscheidenden Montagsdemonstration vom Dach der reformierten Kirche am Leipziger Ring.

Ein weiteres Beispiel für solche gewagten Aktionen liefert Jahn zwei Jahre später.

1987 verbreitete Jahn zu einem Staatsbesuch von Honecker eine nachempfundene Ausgabe des „Neuen Deutschlands“ als Beilage zur „Tageszeitung“, die indirekt für Reisefreiheit eintrat.⁷²

In diesem Jahr gelingt Roland Jahn zusammen mit anderen Journalisten aber noch ein bedeutender Durchbruch.

Im Frühjahr beginnt die Planung eines Projektes zusammen mit dem Rundfunkredakteur Dieter Rulff.

Ein Projekt, dass es so noch nie gegeben hat:

Die oppositionelle Bewegung der DDR soll eine eigene Stimme im legalen Rundfunk erhalten.

Günstig für diesen Plan ist, dass am 1. März mit Radio 100 das erste Berliner Privatrado auf Sendung geht.

72



Roland Jahn 1985 illegal in Ostberlin

Und im August ist es endlich soweit - als einstündiges Format bei Radio 100 startet die Sendereihe „Radio Glasnost – außer Kontrolle“.

Immer am letzten Montag eines Monats geht Radio Glasnost auf Sendung.

⁷³ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1105>

Die einzelnen Beiträge werden im Osten produziert, indem sie auf Tonband aufgenommen werden und diese Bänder werden dann nach West-Berlin geschmuggelt.

In der dortigen Redaktion arbeitet auch Ilona Marenbach, welche die Sendung moderiert.

Später kommen noch der Ostberliner Rüdiger Rosenthal und Fred Kowasch aus Leipzig als Mitarbeiter dazu.

Mit der Zeit wird ein immer breitgefächerteres Kuriernetz zwischen Osten und Westen aufgebaut. Dies besteht aus Journalisten, Diplomaten und sogar Bundestagsabgeordneten der Grünen.

Die Beiträge aus Ost-Berlin liefert hauptsächlich Siegbert Schefke.

Insgesamt 27 Sendungen wurden über Radio Glasnost bis Anfang 1990 ausgestrahlt.

Inhalte waren immer die oppositionellen Aktivitäten in der ganzen DDR und Musik von DDR-Liedermachern, Independent-Gruppen und Punkbands.

Der Sender hatte ein Sendegebiet, welches sich auf Berlin und dessen Randgebiete beschränkte. So schnitten Hörer die einzelnen Sendungen mit, um sie weiter zu verbreiten.

Für die SED war Radio Glasnost natürlich eine Bedrohung.

Kritik an der DDR und das auch noch legal! Das durfte es einfach nicht geben!

Störsender wurden eingerichtet, um die Ausstrahlung der Beiträge zu verhindern.

Das Ministerium für Staatssicherheit schleuste Spitzel in den Westen, die versuchen sollten, in den Sender und in das Umfeld der Redaktionsmitglieder einzudringen, um eine Zersetzung des Senderteams zu erzielen.

Die Regierung der DDR versuchte das Radio Glasnost über die eigenen Medien zu denunzieren, zum Beispiel durch den

folgenden Kommentar im Neuen Deutschland vom 12. Februar 1988:

„TASS-Kommentator Igor Ossinski:

GLASNOST AUF WESTLICHE ART

Moskau (TASS).

Im Chor der Hetzsender des Westens, die in die sozialistischen Länder ausstrahlen, ist seit kurzem eine neue Stimme zu vernehmen: In Berlin (West) hat ein neuer Sender den Betrieb aufgenommen:

Sagen wir es gerade heraus: Diese Tatsache hätte ansonsten keine Beachtung gefunden – ein Lügner mehr oder weniger - , wenn seine Besitzer ihn nicht „Glasnost“ genannt hätten – ein Wort, das in den letzten Jahren in der Welt immer mehr Verbreitung und Popularität findet.

Man braucht wohl kaum zu wiederholen, daß die Glasnost, wie sie in der UdSSR ausgelegt und von der fortschrittlichen und liberalen Öffentlichkeit verschiedener Länder aufgenommen wird, ein offenes, aufrichtiges und objektives Gespräch über das aktuelle Problem bedeutet, einen Dialog ohne Anspielungen und Verheimlichungen, eine objektive Information.

Vor dieser Kulisse ist der Westberliner Sender ein ausgesprochener Anachronismus, ein Rückfall in den psychologischen Krieg. Die Desinformatoren von „Glasnost“, die eigenmächtig die Funktion von

Verfechtern der Menschenrechte in der sozialistischen Gesellschaft übernommen haben, verdrehen die Wirklichkeit, setzen sich unter anderem das Ziel, unter der Bevölkerung der DDR staatsfeindliche Stimmungen zu schüren und Spaltung in die sozialistische Ländergemeinschaft hineinzutragen. Eindeutig hat sich das während der kürzlichen Ereignisse gezeigt, als die aus Berlin (West) entsandten Elemente vor der Zionskirche in der Hauptstadt der DDR eine provokatorische Zusammenrottung veranstalteten. In der Interpretation von „Glasnost“ bedeutete dieser staatsfeindliche Akt lediglich eine Forderung nach Gewissensfreiheit. Als eine Gruppe von extremistischen Jugendlichen eine Manifestation der Werktätigen zum Gedenken der nationalen Helden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu sprengen versuchten, beeilte sich der Sender „Glasnost“ ihre Rowdyhandlungen als einen Akt der Willensäußerung der Öffentlichkeit auszugeben.

Die Demagogen von „Glasnost“, die aus weiß schwarz machen wollen, versuchten, das rechtmäßige Vorgehen der DDR-Organen in Frage zu stellen, die Vorkehrungen trafen, um die Bürger der Republik vor Provokateuren und Verletzern der öffentlichen Ordnung zu schützen. Man muß wohl nicht Jurist sein, um verstehen zu können, dass der Mensch das Recht auf Schutz vor Rowdys hat. Desto mehr ist der Staat befugt, rechtmäßige Vorkehrungen zu treffen, um diejenigen zu isolieren, die seine verfassungsmäßigen Prinzipien antasten.

Was den Versuch des Senders betrifft, für sich mit Hilfe der populären Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion Reklame zu machen, so ist dieser Versuch recht plump ausgefallen.“⁷⁴

Doch die Bemühungen den Sender zu zerstören, brachten genau den gegenteiligen Effekt.

Die Bekanntheit von Radio Glasnost stieg erheblich. Man las darüber in Zeitungen und hörte oder sah im Radio und Fernsehen Berichte in den empfangbaren Westmedien.⁷⁵

Die Stasi setzte auch extra Spitzel auf Roland Jahn an.

Die Beobachtung und Verfolgung kann er auch mit der Mauer zwischen sich und der DDR nicht hinter sich lassen.

Die Partei sieht in ihm einen Hauptfeind.

Die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit versuchen Jahns Ruf zu schädigen, indem sie Gerüchte streut, Jahn arbeite für westliche Geheimdienste. Im Dezember 1987 wird ein Haftbefehl gegen Jahn erlassen unter dem Vorwurf der „landesverräterischen Nachrichtenübermittlung“.

In den achtziger Jahren beginnt Roland Jahn auch mit seiner Arbeit beim politischen Magazin „Kontraste“.

Kontraste war seit Januar 1968 aus Sendung. Die erste Ausstrahlung erfolgte durch den Sender Freies Berlin, der heutige Rundfunk Berlin-Brandenburg.

Roland Jahn lernte in Westberlin Peter Wensierski kennen, der als Redakteur bei Kontraste arbeitete. Er brachte Jahn zum Magazin.

⁷⁴ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2575>

⁷⁵ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1452>

Und aus der Mischung aus dem westdeutschen Wensierski und dem ostdeutschen Jahn heraus, entstanden offene und provozierende Beiträge über die Zustände in der DDR und schließlich die Entwicklung bis hin zur Wende.

Durch die Bespitzelung durch die Staatssicherheit konnte Roland Jahn bis zum Mauerfall nur unter einem Pseudonym arbeiten. Jahn wählte den Namen „Jan Falkenberg“.

Damit wollte er nicht nur sich selbst, sondern vor allem seine Freunde und Mitstreiter im Osten und Westen schützen. Denn wenn Menschen in der DDR nachgewiesen wurde, dass sie Kontakt zu Jahn hatten, wurde ihnen „Staatsfeindliche Verbindungsaufnahme“ vorgeworfen.

§ 100. Staatsfeindliche Verbindungen. (1) Wer zu Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen wegen ihrer gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere friedliebende Völker gerichteten Tätigkeit Verbindung aufnimmt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.⁷⁶

Im Januar 1988 kam es auf der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration zu einer Welle von Verhaftungen. Es wurden gezielt Leute inhaftiert, die mit Jahn in Verbindung standen. Gegen sie wurde schließlich vor Gericht der Vorwurf erhoben, als Agenten zu dienen, sodass viele Haftstraßen davontragen mussten.

⁷⁶ Paragraph 100 des Strafgesetzbuches der DDR von 1968

Auch hier arbeitete Jahn wieder mit Siegbert Schefke und außerdem mit Aram Radomski zusammen, die mit über die Grenze geschmuggelten Kameras die Aufnahmen für die Beiträge machten.

Auch heute arbeitet Jahn noch bei Kontraste.

Und immer noch beschäftigt sich Roland Jahn mit der Aufarbeitung der SED- Vergangenheit und der deutsch-deutschen Vergangenheit.⁷⁷

77

http://www.bpb.de/themen/L7VQ8J,0,0,Kontraste_Auf_den_Spuren_einer_Diktatur.html

3.2. Verlierer des eigenen Kampfes – Die Methodik der DDR im Westen und die Entwicklung bis zum Mauerfall

„Alles von öffentlichem Interesse veröffentlichen – vor dem Westen! Wir hatten ja hier den Zustand, dass man sich im Westen über uns informieren musste. Das war doch unhaltbar.“⁷⁸

Roland Jahn musste die Erfahrung machen, dass ein Leben im Westen nicht mit mehr Freiheit gleichzusetzen war. Denn auch hier lebte er unter Beobachtung und mit dem beständigen Risiko, das Ziel von Anschlägen durch die Stasi zu werden.

Das Agieren der Staatssicherheit ging über die Grenze hinaus. Denn der Westen galt als oberster Feind und diesen musste man kennen und aus seinen eigenen Reihen heraus zerstören. Also beschränkte sich die Staatssicherheit nicht darauf, Spitzel in den Westen auszusenden, welche die in den Westen emigrierten oder abgeschobenen Oppositionellen beschatteten.

⁷⁸ Heinz Geggel im Zentralkomitee auf der Donnerstags-Argu vom 19. Oktober 1989, aus Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 165

Die Spitzel wurden in den westlichen Redaktionen, in politischen Kreisen und Unternehmen eingeschleust, um jede kleine Entwicklung mitzuverfolgen und an die Partei zu melden. Wirtschaftliche Fortschritte sollten in der DDR zu eigenen Gunsten genutzt werden.

Politische Veränderungen sollten im Auge behalten werden, um eventuelle Gefahren für das eigene System abschätzen zu können.

Und die Medien sollten unterlaufen werden, um zu wissen, in welcher Form der Feind über die DDR berichtete, wie gut er informiert war und wie man diese Berichterstattung zu eigenen Propagandazwecken nutzen konnte.

Die Mitarbeiter der Ministeriums für Staatssicherheit hatten auch im Westen die Aufgabe, Redaktionen mit Zersetzungsmaßnahmen zu schwächen und zu verhindern, dass die westlichen Meldungen über die Grenze in die DDR gelangten.

Durch diese Arbeit im Untergrund schaffte es die Stasi manchmal die Beiträge über die Zustände in der DDR zu verfälschen. Durch ihren Einfluss ließen sich ein paar westliche Journalisten blenden. Sie schwächten vorhandene Probleme der DDR ab und bedienten sich unbewusst der Schönfärberei. Ein Beispiel dafür liefert Carola Stern vom Westdeutschen Hörfunk, Leiterin der Programmgruppe Kommentare und Feature.

Sie gestand auf einer Podiumsdiskussion 1992:

„Wir waren nicht genügend unterrichtet über die ökologische Situation in Ostdeutschland. Einmal hat ein freier Autor für mich ein Feature geschrieben über Zwickau. Also, ich glaube, da hab' ich zu ihm gesagt, lieber Kollege, dies war das erste und letzte Mal, dass Sie bei mir über Zwickau oder ei-

ne andere Provinzstadt in der DDR berichtet haben. Solche Hetze, solche kalten Kriegsgeschichten. Ich glaub' heute, es war der wahrste Bericht über Zwickau, der je im WDR gesendet worden ist.“⁷⁹

Auch Klaus Bresser, ZDF-Chefredakteur, vertrat 1990 auf den „Mainzer Tagen der Fernsehkritik“ den Standpunkt, dass die Berichterstattung der westlichen Journalisten oft zu lasch und durch den Einfluss höherer Instanzen geprägt war:

„So vernünftig eine pragmatische Anerkennung des Staates DDR war: Hätten wir Journalisten nicht deutlicher sehen und vermitteln müssen, wie die Menschen in der DDR dachten und empfanden? Meine Antwort darauf: Wir waren zu stark ausgerichtet auf die Sichtweisen der Politik und die Lehrmeinungen der Wissenschaft. Wir trauten den Autoritäten, aber unseren eigenen Augen nicht. Was sich seit September 1989 eruptiv auf den Straßen der DDR entlud, das hatte sich ja unter der Oberfläche jahrelang angestaut.“⁸⁰

Um über die Ereignisse und Zustände in der DDR berichten zu können, hatten die großen Redaktionen des Westen Auslandskorrespondenten, die entweder dauerhaft oder zeitweise in der DDR positioniert waren.

⁷⁹ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 194

⁸⁰ Frankfurter Rundschau vom 31. Mai 1990

Die rechtliche Grundlage dafür lieferte der „Briefwechsel vom 8. November 1972 über Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten“.

Diese Rechtsgrundlage sicherte die gegenseitige Akkreditierung von ständigen Korrespondenten und Reisekorrespondenten.

Vor dem Abschluss dieses Vertrages kontrollierte das Presseamt und das MfS allein den Aufenthalt und die Tätigkeit der westdeutschen Journalisten.

Dafür wurde Anfang der sechziger Jahre ein „Informations- und Organisationsbüro“ in Ostberlin gegründet, welches später in die Abteilung Journalistenreisen des Reisebüros der DDR umgewandelt wurde.

Für die Kontrolle der Korrespondenten wurde aber auch die Informationsabteilung des Verbandes der Journalisten mit einbezogen, welche wie alle Institutionen mit Westkontakten mit Stasispitzeln durchsetzt war.

Ab November 1972 bis zum Herbst 1989 waren bis zu 20 ständig akkreditierte Hörfunk-, Fernseh-, und Zeitungskorrespondenten in Ostberlin vertreten.

Dazu kamen aber noch mehrere hundert Reisekorrespondenten pro Jahr.

Die DDR erhoffte sich so als ein weltoffener und fortschrittlicher Staat präsentieren zu können.

Natürlich hatte auch bei den Regelungen, welche die Korrespondenten betrafen, die SED das endgültige Entscheidungsrecht und die beständige Möglichkeit den westlichen Journalisten ihre Arbeit zu erschweren, falls diese Themen aufgreifen wollten, die für das Ansehen der DDR schädigend sein konnten.

So wurden die Anfragen der Korrespondenten auf Recherche- oder Reisemöglichkeiten innerhalb der DDR mehrmals geprüft,

bearbeitet und eingeschränkt, dass sich oft sehr lange Wartezeiten ergaben. Das führte natürlich in manchem Fall dazu, dass das gewünschte Thema längst veraltet und somit für die Berichterstattung unbrauchbar war.

Jeder an die Abteilung Journalistische Beziehungen gestellte Antrag wurde sofort auch an das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet, damit man dort stets wusste, welchen Korrespondenten man intensiver überwachen musste und man konnte eine Vorauswahl treffen, welche Themen und Recherchen genehmigt werden konnten.

Am 1. Februar 1973 wurden weitere Regelungen für ausländische Journalisten innerhalb der DDR durch die „Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik“ festgeschrieben, die am 11. April 1979 gleich noch einmal verschärft wurden.

Durch diese neuen Festlegungen durften die Korrespondenten keine Straßenumfragen mehr durchführen, wenn diese nicht genehmigt waren. Also war es kaum noch möglich, aus der Bevölkerung kritische Stimmen zu Themen einzufangen.

Es durften auch keinerlei Interviews mehr ohne Genehmigung geführt werden.

Und die journalistische Arbeit in gesellschaftlichen Einrichtungen musste wie die in staatlichen Einrichtungen ebenfalls im Voraus offiziell abgesegnet werden.

Gegen Korrespondenten konnten natürlich wie gegen jeden anderen Journalisten Vorwürfe wie hetzerische Berichterstattung oder Sabotage oder die Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten etc. erhoben werden.

Die DDR ignorierte beim Erheben solcher Anschuldigungen, dass der Journalist im allgemeinen, unabhängig vom Medium, für welches er tätig ist und unabhängig ob er für landeseigene

oder –fremde Medien arbeitet, nicht dem Nichteinmischungsgebot unterliegt.

Dass heißt, jeder Journalist hätte eigentlich die Möglichkeit der freien Themenwahl und Recherche haben müssen.

Dass dies nicht der Fall war, ist ein weiterer Beleg dafür, dass die im Grundgesetz festgeschriebene Pressefreiheit im realen Alltag in der DDR nur ein Wunschtraum war und blieb.

Korrespondenten mussten ihrer Tätigkeit unter besonderer Vorsicht und erschwerten Arbeitsbedingungen nachgehen.

Hinweise aus der Bevölkerung konnten Fallen sein oder die Leute lieferten Fehlinformationen, aus Angst wegen ihrer Auskunft selbst in Schwierigkeiten zu geraten.

Und die Verfolgung durch die Staatssicherheit wurde mit der Zeit immer aggressiver.

Besonders gegen Ende der DDR verstärkte das Ministerium für Staatssicherheit die Post- und Telefonüberwachung, elektronische Lauschangriffe, sogar die Kontrolle der Mülleimer und es kam zu immer mehr handgreiflichen Übergriffen durch MfS-Mitarbeiter.

Seit Gründung der DDR kam es immer wieder zu Anschlägen durch die Stasi auf westliche Journalisten, Organisationen oder Kontaktpersonen.

Im Oktober/November 1953 wurden bei der Aktion Feuerwerk gegen westliche Geheimdienste über 100 Personen festgenommen.

Im August des folgenden Jahres verfünffachte sich die Zahl der Verhaftungen bei der Aktion Pfeil, die sich wieder gegen Geheimdienste richtete.

Das MfS plante auch Entführungen, wie z.B. die vom Journalisten Karl Wilhelm Fricke. Er wurde zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.⁸¹

Doch mit dieser aggressiven Vorgehensweise gegen die westlichen Medien und ihre Vertreter fügte sich die DDR auf langfristiger Basis nur selbst erheblichen Schaden zu.

Durch die eingeschränkten und oft verfälschten Informationen, welche die DDR- Bürger über die eigenen Medien erhielten, bezog man mehr und mehr über die empfangbaren Westmedien.

Hier hörte und sah man die Tatsachen in ihrem vollen Umfang und konnte sich endlich ein vollständiges Bild über die eigene Heimat machen.

Bereits 1966 informierten sich 90 % der Mitarbeiter der Abteilung für Agitation und Parteimitglieder vorrangig aus den Westmedien.

Wenn besonders interessante Sendungen in den Westprogrammen liefen, wurden auch schon mal die Gemeinderatssitzungen verlegt.

Eine Aussage eines Parteisekretärs der LPG Geba beweist, wie drastisch schon damals die Hinwendung zu den Westmedien war:

„Bei uns im Ort gibt es nur einen, der nicht sieht und hört, und das ist ein Angehöriger der Deutschen Volkspolizei. Für ihn besteht ein Befehl, dass er nicht darf.“⁸²

⁸¹ Jens Gieseke: „Der Mielke-Konzern: Die Geschichte der Stasi von 1945.1990“, Deutsche Verlags-Anstalt, 2006, S. 63

⁸² Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 167

Und 1978 belegte das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig durch eine Studie, dass bei Empfängern von Westmedien ein wachsendes Desinteresse an DDR-Medien bestand und 10 Jahre später kam heraus, dass nur 4 % der Jugendlichen in der DDR fanden, dass die Informationen aus der DDR-Presse mit ihren eigenen Lebenserfahrungen übereinstimmen. Diese Ergebnisse konnten aber erst nach der Wende veröffentlicht werden.

Und wer keinen Zugriff auf westliche Zeitungen, Radio- und Fernsehsender hatte, der bezog die Beiträge über Freunde und Bekannte, die diese aufnahmen.

Besonders gefragt waren die TV-Politmagazine von ARD und ZDF sowie die Radiomeldungen von Deutschlandfunk, RIAS oder Hundert,6.

Plötzlich waren oppositionelle Themen, Publikationen und Personen bekannt und im ständigen Gespräch.

Bislang verschwiegene oder offiziell verbotene Themen erreichten nun einen Großteil der Bevölkerung.⁸³

Auch für Bürgerrechtlergruppen, die der Kirche unterstanden, boten die Westmedien einen guten Weg ihre Ansichten zu verbreiten

Hierzu Pfarrer Rainer Eppelmann:

„ Da die Medien in der DDR zensiert wurden und wir keine Chance hatten, über sie an die Öffentlichkeit zu treten, mussten wir zwangsläufig den Weg über den Westen wählen. Zwar wurden die Rundfunk- und Fernsehsendungen dort vor allem

⁸³ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=193>

für Bundesdeutsche ausgestrahlt, aber da fast alle DDR-Bürger ARD und ZDF sahen und SFB oder RIAS hörten, ergaben sich für uns gute Möglichkeiten, unsere Meinungen bekannt zumachen. Außerdem hatte es der auf internationale Anerkennung erpichte Staat schwerer, uns zu verfolgen, wenn wir im In- und Ausland keine unbekannten Größen waren. Schließlich konnten wir dazu beitragen, dass die internationale Öffentlichkeit nicht nur durch die offiziellen DDR-Medien unterrichtet wurde, wenn wir Westjournalisten Informationen gaben. Es durfte doch nicht sein, dass das DDR-Bild der Menschen im Westen in erster Linie durch Erich Honecker und das Neue Deutschland geprägt wurde.“⁸⁴

Somit war der Zustand erreicht, den die DDR-Regierung stets hatte mit allen Mitteln vermeiden wollen.

Doch der Empfang von Westmedien stand nie ausdrücklich unter Strafe, war aber ideologisch unerwünscht und konnte einem bei Fehlverhalten angehaftet werden.

Zum Ende der DDR mussten sogar die Leiter und Macher wie Geggels ihre Fehler in der Medienpolitik einsehen.

Das wird durch ein Zitat Geggels im ZK auf der Donnerstags-Argu vom 19. Oktober 1989 deutlich:

„Medien sind dazu da, Fragen der Bürger zu beantworten, unsere, nicht die der Westmedien. Gestern im Westfernsehen die Stimmen vom

⁸⁴ Rainer Eppelmann: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993, S. 168 f.

Alex! Gut, die haben die Schlimmsten genommen, aber es wurde von unseren Bürgern gesagt! Alles von öffentlichem Interesse veröffentlichen – vor dem Westen! Wir hatten ja hier den Zustand, dass man sich im Westen über uns informieren musste. Das war doch unhaltbar.“⁸⁵

Und nicht nur die Bevölkerung hatte genug vom immerwährenden Informationsmangel.

Auch einige SED-Mitglieder und Funktionäre selbst hatten immer mehr den Mut, diesen Zustand offen anzuprangern. So tat es auch ein Journalist der Chemnitzer SED-Bezirkszeitung „Freie Presse“ einige Tage vor Geggels Äußerung:

„Wer nicht regelmäßig die Westmedien verfolgt, begreift manche Veröffentlichungen bei uns überhaupt nicht. Und selbst über wichtige innenpolitische Ereignisse erfährt man mitunter überhaupt erst oder zumindest mehr aus dem Westen als aus den eigenen Medien.“⁸⁶

Doch die DDR-Regierung versuchte die begangenen Fehler auszumerzen.

So wurden ab 1982 Sendeformate aus dem Westen abgeändert übernommen, um die Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen.

⁸⁵ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 165

⁸⁶ „Freie Presse“ vom 13. Oktober 1989, „Dialog im Klartext“ von Peter Schulze

So gab es zum Beispiel einen Polizeiruf 110, der das Gegenstück zum westlichen Tatort bilden sollte.

Bereits 1966 hatte die Abteilung Agitation einen Maßnahmenkatalog für „Zurückdrängung des Einflusses von Westfernsehen und Westrundfunk“ entwickelt. Dieser sollte aber nicht die Ansprüche des Bürgers erfüllen, sondern vorrangig Propagandazwecken dienen. Dies belegt ein Ausschnitt dieses Maßnahmenkatalogs:

„Eine neue Sendereihe „Das missbrauchte Wort“ führte Radio DDR I in sein Frühprogramm ein. In ihr wird täglich nachgewiesen, mit welchen Methoden und Mitteln die westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsender versuchen, die Deutsche Demokratische Republik und ihre Politik zu verfälschen und zu verleumden. Mit der Reihe „Denken ist erste Bürgerpflicht“ und mit der geplanten Sendung „Zur Kasse bitte“ (die dümme Lüge der Woche) schuf sich der Deutschlandsender die Möglichkeit, kontinuierlich die Auseinandersetzung mit Westrundfunk und -fernsehen zu führen.“⁸⁷

Doch jeder Versuch, die gescheiterte Medienpolitik noch gerade zu rücken, scheiterte.

Es war einfach zu spät. Die Menschen hatten verstanden, dass das System der DDR, so wie es war, nicht funktionierte. Und jetzt endlich geschah das, wofür Roland Jahn und seine Mitstreiter so lange gekämpft hatten.

⁸⁷ Gunter Holzweißig – „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bouvier Verlag Bonn ; 1997, S. 179

Die Menschen gingen gemeinsam auf die Straße und verlangten Veränderungen.

Nicht jeder wollte das Ende der DDR. Viele wünschten sich einfach nur einen besseren und gesünderen Staat – ohne die ganzen Verbote und das Schweigen.

Doch die Entwicklung war nicht mehr aufzuhalten

1989 fiel die Mauer. Die DDR war gescheitert. An ihren eigenen Fehlern. An ihrem eigenen Schweigen.

Abschließendes Fazit

Roland Jahn ist nur ein Name von vielen.

Die Liste der Menschen, die aus der DDR vertrieben wurden, ist unglaublich lang.

Entweder durch Gewalt oder sie gingen freiwillig aus Angst und weil irgendwann die Kraft gefehlt hat, gegen eine scheinbar unüberwindbare Mauer anzukämpfen.

Roland Jahn war einer dieser Menschen.

Er spiegelt den Kampf so vieler wider.

Den Kampf gegen das Verbot, das zu sagen, was man sagen möchte und wann man es tun möchte. Auch wenn man damit höheren Instanzen auf die Füße tritt.

Er kämpfte für ein gesundes System. Denn Kritik ist notwendig, wenn eine Gesellschaft funktionieren soll.

Das fängt schon im Kleinen an.

In Familien, im Freundeskreis – überall muss man über vorhandene Schwierigkeiten und Probleme reden, um sie lösen zu können.

In der DDR wollte die Regierung einfach wegsehen. Und das verlangte sie auch von anderen.

Wenn man nicht über die Probleme spricht, dann sind sie auf den ersten Blick auch nicht da.

So sollte die Bevölkerung den Eindruck vermittelt bekommen in einem starken, sicheren und sich stetig weiterentwickelnden Staat zu leben.

Und diejenigen, vor denen die Führungsmitglieder die Probleme nicht vollständig verschleiern konnte – die Presse – wurden gezwungen zu schweigen.

Dafür sorgte die Abteilung Agitation durch Verbote und Drohungen.

Sie versuchte, sich den Journalisten als Handwerker zu formen, welches das Positive betont und ausschmückt und das negative einfach unterschlägt und am besten ganz schnell wieder vergisst.

Wenn sie das nicht taten, verloren sie ihren Job, ihr Ansehen und gefährdeten ihre Familie und ihr gesamtes Umfeld. Manche wie Roland Jahn verloren sogar ihre Heimat.

Und doch gingen unzählige auf die Straße und sagten ihre Meinung und wollten den Leuten die Augen öffnen.

Für diese Oppositionellen hatte dieser Kampf die Konsequenz, ihr Leben unter den Augen der Stasi zu führen.

Ein Leben in der Angst, nicht mehr auf die Straße gehen zu können ohne einen Schatten im Genick, der jeden Schritt mit begleitet.

Ein Leben in der Angst, dass kein Brief nur von den Augen gelesen wird, für welche er bestimmt ist, dass kein Telefongespräch nicht an fremde Ohren gelangt und dass vielleicht irgendwann der entscheidende Schlag erfolgt in Form von Haft, die oft mit qualvollen Verhören und brutalen Foltermethoden verbunden war, von Ausbürgerung oder von Anschlägen, die sogar auf das eigene Leben ausgelegt waren.

Einige haben aufgegeben. Ein neues Leben angefangen und versucht, die DDR mit ihren Schattenseiten zu vergessen.

Nicht so Roland Jahn.

Er setzt sich heute noch dafür ein, dass die Geschichte der DDR nicht vergessen wird.

Und dass sie komplett erzählt wird.

Mit den Punkten, die solange im Verborgenen geblieben sind. Roland Jahn arbeitet noch heute für das Magazin Kontraste. Und noch heute ist die deutsch-deutsche Geschichte ein immer wiederkehrendes Thema in seinen Recherchen und Berichten.

Und er tritt als Zeitzeuge auf, um von seinen Erfahrungen zu erzählen.

Für diesen Einsatz wurde er bereits mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Es ist wichtig, dass Menschen wie Roland Jahn ihre Geschichte immer wieder erzählen.

Gerade damit auch junge Menschen erfahren, welche Fehler ein System machen kann.

Und wie wichtig es ist, den Mut zu haben gegen solche Fehltritte aufzubegehren und Veränderung zu fordern.

Den Mut für die eigenen Rechte einzustehen. Das Recht auf Information, das Recht auf Wissen, das Recht auf eine eigene Meinung, egal wem sie vielleicht nicht passt.

Um es zum Schluss noch einmal mit den Worten Roland Jahns zu sagen:

„Es gibt Chancen! Man muss sich nur wehren und Mitstreiter suchen, um diese zu nutzen!“⁸⁸

⁸⁸http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html;jsessionid=6364A6C925E054C06DC3C2F73172B091?play=9896.mp4&preview=9895.jpg

Quellenverzeichnis

Bücher:

- ¹ Das Strafgesetzbuch der DDR 1984, § 220, „öffentliche Herabwürdigung“/Das Strafgesetzbuch der DDR 1968 , § 222 „Missachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole“
- ² Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“. Hrsg. von Siegfried Suckut, Berlin, 1996
- ³ Eppelmann, Rainer: „Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland“, Köln, 1993
- ⁴ Gieseke, Jens : „Mielke-Konzern – Die Geschichte der Stasi 1945 - 1990“, Stuttgart München; 2001
- ⁵ Großmann, Werner: „Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs“, Berlin, 2001
- ⁶ Hartewig, Karin: „Im Auge der Partei“, Berlin, 2004
- ⁷ Holzweißig, Gunter: „Zensur ohne Zensor, Die SED- Informationsdiktatur“ ; Bonn 1997
- ⁸ Loeser, Franz: „Die unglaubliche Gesellschaft. Quo vadis, DDR?“, Köln, 1984
- ⁹ Müller-Enbergs, Helmut: „Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit“, Berlin, 1998
- ¹⁰ Strauss, Gerhard/ Hass, Ulrike/ Hass-Zumkehr, Ulrike/ Harras, Gisela: „Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist“, Berlin, 1989
- ¹¹ Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus, 15. Jg., Nr. 4, 1987
- ¹² Thierse, Wolfgang: „Mit eigener Stimme sprechen“, München, 1992

- ¹³ Wiedmann, Roland: „Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. In: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden (MfS- Handbuch). Hrsg. vom BstU, Berlin, 1995,
- ¹⁴ Zimmermann, Brigitte/ Schütt, Hans-Dieter: „OhnMacht: DDR-Funktionäre sagen aus“, Berlin, 1992

Zeitungen/Zeitschriften:

- ¹ Die Welt, „Die tragische Geschichte des Roland Jahn“, Ausg. vom 06. 06. 2008, Text: Sven Felix Kellerhof
- ² Frankfurter Rundschau vom 31. Mai 1990
- ³ „Freie Presse“ vom 13. Oktober 1989, „Dialog im Klartext“ von Peter Schulze

Juristische Texte:

- ¹ Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Zensurverbot; Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre (idF v 23. 05. 1949), GG, Art. 5, Abs. 1

Internet:

- 1 Mediengespräche: „Ursula“ – Der letzte DDR-Film von Egon Günther
http://www.adk.de/de/aktuell/veranstaltungen/i_2005_2/URSULA.htm
- 2 Kontraste – Auf den Spuren einer Diktatur
http://www.bpb.de/themen/L7VQ8J,0,0,Kontraste_Auf_den_Spur_en_einer_Diktatur.html
- 3 DDR-Lexikon: Presseamt
<http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl?Presseamt>
- 4 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik
<http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html#KAPITEL271-2>
- 5 <http://www.jugendopposition.de>
- 6 Anordnung des MfS zur Unterbindung der Teilnahme der Friedensgemeinschaft Jena anlässlich des Jahrestages der Bombardierung
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2751>
- 7 Offener Brief der Friedensgemeinschaft Jena an den Zentralrat der FDJ und den Friedensrat der DDR
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2752>
- 8 Glasnost auf Westliche Art, Text: Igor Ossinski
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2575>
- 9 Roland Jahn – Jugend und Politisierung
http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html
- 10 Roland Jahn – In Haft
http://mediathek.bpb.de/Geschichte/objekt_337.html;jsessionid=8711B908243901D7170A776E383793F9?play=9896.mp4&previe w=9895.jpg

- 11 FKK, Plattenbau und Egons Lampenladen – vom Leben in der DDR laufend
http://www.schwarzaufweiss.de/deutschland/berlin/ddr_museum.htm
- 12 Solidarnosc in Polen
<http://www.virtualpolen.de/solidarnosc.htm>
- 13 Zitat Manfred Krug
<http://www.zitate.de/ergebnisse.php?kategorie=DDR#0>

Andere Quellen:

- 1 „Die Stasiballade“ von Wolf Biermann aus CD „Wolf Biermann – Lieder vom preussischen Ikarus“, Hamburg, 1999, CD1 Track 15

Abbildungsverzeichnis

- Abbildungen über: www.jugendopposition.de
- 1 Studienbuch von Roland Jahn (1975)
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1098>
- 2 Studienbuch von Roland Jahn mit dem Vermerk über die Exmatrikulation (1977)
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1247>
- 3 Postkarte „Bildungsverbot“. Foto: Manfred Hildebrand
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1103>
- 4 Matthias Domaschk, 1979. Foto: Kerstin Hergert
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=187>
- 5 Dienstwappen des MfS
http://www.bstu.bund.de/cln_028/nn_714160/DE/Bildung/Unterrichtsmaterialien/downloads/foliensatz_farbe,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/foliensatz_farbe.pdf
- 6 Postkartenaktion zum 1. Mai 1982. Foto: Manfred Hildebrandt
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1102>
- 7 Dieses Solidarnosc-Fähnchen hat Roland Jahn an seinem Fahrrad hängen (1982)
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1286>
- 8 Eine Minute Schweigen für den Weltfrieden: Menschenkette auf dem Platz der Kosmonauten am 14. November 1982 in Jena
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2143>

- ¹⁰ Roland Jahn im Februar 1983 kurz nach seiner Haftentlassung bei einer Wanderung in den Jenaer Bergen. Foto: Petra Falkenberg
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=2722>
- ¹¹ Roland Jahn mit seinem selbst gefertigten Transparent auf der Demonstration am 19. Mai 1983 in Jena. Foto: Bernd Albrecht
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=565>
- ¹² Die Stasi observiert und fotografiert Roland Jahn (April 1982)
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1106>
- ¹³ Roland Jahn illegal auf dem Alex. Foto: Rüdiger Rosenthal
<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1105>

- Abbildungen über: www.bstu.bund.de

- ¹ Struktur und Aufgaben des MfS
http://www.bstu.bund.de/nn_712108/DE/MfS-DDR-Geschichte/Grundwissen/Struktur-und-Aufgaben-des-MfS/struktur-und-aufgaben-des-mfs_node.html_nnn=true

Erklärung zur selbstständigen Anfertigung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Unterschrift